

Protokoll

12. Sitzung der Legislatur 2007/2011

Dienstag, 09. Dezember 2008, 18.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz:	Parlamentspräsidentin Rita Anderes, CVP
Anwesend Stadtparlament:	27 Mitglieder
Verspätet:	Max Gimmel, FDP
Entschuldigt:	Margrit Bollhalder-Schedler, SVP Strasser Rudolf, CVP
Anwesend Stadtrat:	Martin Klöti, FDP, Veronika Merz, SP, Patrick Hug, CVP, Reto Stäheli, CVP, Heidi Wiher-Egger, FDP
Protokoll:	Tanja Huber, Parlamentssekretärin

Traktanden

- 12/ 1. Mitteilungen
- 12/ 2. Botschaft Voranschlag 2009
- 12/ 4. Fragerunde
- 12/ 5. Verschiedenes
 - 1. Information aus dem Stadtrat
 - 2. Weitere Informationen des Stadtammanns aus seinen regionalen und kantonalen Projekten

Parlamentspräsidentin Rita Anderes: Geschätzte Anwesende, Besucherinnen und Besucher
Parlamentsmitglieder, Stadtratsmitglieder und Vertreter der Medien, ich begrüsse sie und heisse sie
an unserer 12. Parlamentssitzung ganz herzlich willkommen.

Namensaufruf

Es erfolgt der Appell durch die Parlamentssekretärin Tanja Huber. Es sind 27 Mitglieder anwesend.
Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Das absolute Mehr beträgt 14. Für die heutige Sitzung habe ich
drei Entschuldigungen bekommen: Margrit Bollhalder-Schedler von der SVP-Fraktion ist geschäftlich
verhindert und Rudolf Strasser von der CVP / EVP-Fraktion hat die Grippe eingeholt. Max Gimmel von
der FDP / DKL-Fraktion ist beruflich unterwegs und wird deshalb etwas später zu uns stossen.

Traktandenliste

Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Ich stelle diese zur Diskussion.

Die Diskussion wird nicht benützt.

://: Die vorliegende Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.

1. Mitteilungen

Unterlagen

Sie haben folgende Unterlagen erhalten:

Per A-Post:

Mit Versand 1 vom 18. November 2008

- Einladung mit Traktandenliste
- Einfache Anfrage Erica Willi-Castelberg, SP betreffend *Beteiligung von Arbon Energie AG am Kohlekraftwerk Brunsbüttel?*

Mit Versand 2 vom 25. November 2008

- Kommissionsbericht der FGK
- Antrag der Arbeitsgruppe „Werteorientierte Stadtentwicklung Arbon“

Per E-Mail am 2. Dezember 2008:

- Parlamentsprotokoll der 11. Sitzung vom 28. Oktober 2008

Bereits früher haben Sie erhalten:

- Die Botschaft zum Voranschlag 2009 wurde Ihnen bereits am 20. Oktober 2008 zugestellt.

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro

1. Protokoll der 11. Parlamentssitzung vom 28. Oktober 2008

Es ist ein Änderungsgesuch eingegangen. Das Parlamentsbüro hat das Protokoll mit dieser
Änderung genehmigt und es ist seit 8. Dezember 2008 im Internet abrufbar.

Präsident Einbürgerungskommission Andrea Vonlanthen: Gemäss Art. 12 des Einbürgerungsreglements informiere ich sie, namens der Einbürgerungskommission, über die gefassten Beschlüsse und die zu behandelnden Gesuche:

Die Einbürgerungskommission hat seit der letzten Parlamentssitzung eine weitere schriftliche Prüfung mit 11 Gesuchstellenden durchgeführt und an 3 Sitzungen 26 Gesuchstellende mündlich befragt.

Ins Bürgerrecht der Stadt Arbon wurden folgende Personen aufgenommen:

- Bislimi Bujar mit Ehefrau Bislimi Nazmije und den Kindern Leonore und Veton, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
- Hoxha Milot, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
- Ismaili Nazmije, mazedonische Staatsangehörige
- Jelic Sladjana, kroatische Staatsangehörige
- Macut Tihomir, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
- Özen Merih und Ehefrau Özen Inci mit den Kindern Ilayda und Orlando, türkische Staatsangehörige
- Palcic Tomislav, kroatischer Staatsangehöriger
- Piljagic Zeljko und Ehefrau Piljagic Biljana mit der Tochter Ivana, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige
- Shala Kujtim und Ehefrau Shala Dashurije mit den Kindern Egzon und Aurora, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Das Gemeindebürgerrecht bildet die Voraussetzung für die Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht. Über die Aufnahme ins Kantonsbürgerrecht entscheidet der Grosse Rat in den nächsten Monaten. Die Einbürgerungskommission gratuliert den Eingebürgerten im Namen des Parlamentes und freut sich über eine aktive und motivierte Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben in Arbon.

Wir haben folgendes Gesuch zur Einbürgerung abgelehnt:

- Minic Milomir und Ehefrau Minic Biljana, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Das Einbürgerungsgesuch einer 5-köpfigen serbisch-montenegrinischen Familie wurde wegen teilweise mangelnder Integration zurückgestellt.

Bis zur nächsten Parlamentssitzung werden folgende Personen eingeladen:

- Abdullahi Ibrahim Isra, somalische Staatsangehörige
- Ariyan Coskun, türkischer Staatsangehöriger
- Cai Xiao Ping und Ehefrau Cai Yaning mit der Tochter Winnie, chinesische Staatsangehörige
- Dogan Hürsen, türkischer Staatsangehöriger
- Dügünyurdu Bülent und Ehefrau Dügünyurdu Suna mit den Töchtern Sarya und Asmin, türkische Staatsangehörige
- Gelmi Maria, italienische Staatsangehörige
- Imocanin Vahid und Ehefrau Imocanin Nermana mit den Töchtern Alma, Amina, Ajla und Anesa, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige
- Murtezi Ibrahim und Ehefrau Murtezi Bajramka mit der Tochter Adisa, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige.
- Squazzato Franco und Ehefrau Squazzato Carmela mit den Kindern Tiziano und Dalia, italienische Staatsangehörige
- Vanoni Gerardo und Ehefrau Vanoni Ingrid mit den Söhnen Axel und Christian, italienische Staatsangehörige

Die Zahl der pendenten Geschäftsfälle nimmt weiter ab, wenn auch noch nicht in markanter Masse. Wir haben total 80 pendente Gesuche von 157 Personen. In der Behandlung der EBK stehen 59 Gesuche von 124 Personen an. Dies sind die Gesuche, die bereits bewilligt aus Bern zurückgekommen sind.

Die Einbürgerungskommission hat sich mit der Anfrage eines Fraktionspräsidenten befasst, ob ihr Handbuch zur Einbürgerung eingesehen werden könne. Für die Kommission ist klar, dass es sich hierbei nicht um ein Geheimpapier handelt, im Gegensatz etwa zu den Fragen für die schriftliche Prüfung. Parlamentsmitglieder können dieses Handbuch jederzeit beim Sekretariat anfordern. Wie schon anfangs Jahr beschlossen, wird die Einbürgerungskommission das Handbuch im Frühjahr aufgrund ihrer ersten einjährigen Erfahrung überprüfen und allenfalls anpassen.

Zu guter Letzt: Die Einbürgerungskommission ist an den Stadtrat gelangt mit dem Anliegen, dass definitiv neu eingebürgerte Personen speziell zur Neujahrsbegrüssung eingeladen und willkommen geheissen werden könnten. Wir haben vom Stadtrat sofort ein positives Signal bekommen. Wir schätzen es, dass diese Möglichkeit besteht.

Stadtammann Martin Klöti: Aufgrund der Vorkommnisse im Grossen Rat vom 3. Dezember 2008 und der darauf folgenden Medienberichterstattung haben Frau Vize-Stadtammann Veronika Merz, Andrea Vonlanthen und ich das Gespräch gesucht. Es stehen keine politischen oder persönlichen Vorwürfe im Raum. Das weitere Vorgehen ist nun Sache der EBK.

2. Botschaft Voranschlag 2009

Präsidentin Rita Anderes: „Wer das Ziel nicht kennt, kann den Weg nicht gehen. Wer den Weg nicht geht, kommt nicht ans Ziel!“ Dieses Zitat von Friso Melzer finde ich sehr passend zum Einstieg in die Budgetdebatte. Hoffen wir, dass wir einen guten Konsens finden.

Wir behandeln das Budget als Antrag des Stadtrates. Ich begrüsse zu diesem Traktandum Mischa Vonlanthen und Bernhard Egli von der Finanzverwaltung, welche in verdankenswerter Weise allfällige Änderungen elektronisch aufnehmen. Am Schluss der Beratung wird uns daher das Endergebnis direkt vorliegen.

Die Anträge des Stadtrates und der FGK sind ihnen vorgängig bekannt gegeben worden. Während der materiellen Beratung sind sie selbstverständlich berechtigt, weitere Anträge zu stellen.

Ich möchte sie darauf hinweisen, dass das Eintreten gemäss Art. 17 der Gemeindeordnung obligatorisch ist.

Das Wort zum Eintreten erteile ich zuerst Silke Sutter Heer als Präsidentin der FGK.

Kommissionspräsidentin Silke Sutter Heer: Die FGK hat für die Prüfung von Budget und Finanzplan vier Sitzungen eingesetzt. Dabei sind diverse Fragen aufgetaucht, welche der FGK an der Sitzung vom 11. November 2008 von den jeweiligen Stadträtinnen und Stadträten kompetent und ausführlich beantwortet wurden. Wir möchten dem Stadtrat einmal mehr für die angenehme und interessante Zusammenarbeit danken.

Stadtrat Patrick Hug hat der FGK versichert, dass die eingesetzten Steuereinnahmen optimistisch budgetiert worden sind. Berücksichtigt wurde dabei auch, dass die Einwohnerzahl Arbons kontinuierlich steigt. Noch nicht absehbar ist, welche konkreten Auswirkungen eine allfällige Einführung der Flat Rate Tax im Jahr 2010 haben wird.

Der Stadtrat hat sich erneut für einen Investitionsplan entschieden, der auf einen ehrgeizigen Zeitplan bei der Umsetzung schliessen lässt. Für weitere Ausführungen in diesem Zusammenhang verweise ich auf den schriftlichen Bericht.

Wie ihnen sicher aufgefallen ist, wurde das Konto Kulturförderung (1300) nicht mehr als Globalposition budgetiert. Die Diskussion der FGK mit Stadtammann Martin Klöti hat ergeben, dass die Kulturorganisationen auf den kontinuierlichen Zufluss der Unterstützungsbeiträge angewiesen sind, um ihre Arbeit erfolgreich fortführen zu können. Damit bleibt dem Stadtrat bzw. der Kulturkommission tatsächlich nur wenig bis gar keinen Spielraum bei diesen Beiträgen. Bei den diversen Einzelbeträgen gibt es den Spielraum. Vor diesem Hintergrund ist auch die FGK mehrheitlich zum Schluss gekommen, dass dieses Konto nicht mehr als Globalposition budgetiert werden soll. Zudem ist dieses Konto das einzige, bei dem global budgetiert wird. Die Diskussion ergab daher, dass es derzeit wenig zweckmässig erscheint, andere Konten als Globalposition zu führen.

Stadtmann Martin Klöti informierte die FGK über die diversen Planungsprojekte. Viele Projekte stehen immer noch im Zusammenhang mit dem neuen Verkehrskonzept im Rahmen der neuen Verkehrsführung und deren Auswirkungen – zum Beispiel auf die Altstadt. Diese Projekte konnten zum grössten Teil im Jahr 2008 nicht an die Hand genommen werden und mussten daher erneut budgetiert werden. Mit der geplanten Reorganisation der Bauverwaltung sollen nun die Kapazitäten geschaffen werden, um 2009 tatsächlich mit der Umsetzung der Projekte beginnen zu können.

In der Abteilung Bau wurde von einem externen Berater eine umfassende Analyse durchgeführt. Damit wurde nicht zuletzt auch dem Einwand der FGK, dass nicht einfach jedes Jahr die Stellen aufgestockt werden, ohne dass das Problem von Grund auf angegangen wird, Rechnung getragen. Die Analyse hat ergeben, dass in dieser Abteilung rund 420 Stellenprozente fehlen, um die derzeitigen Aufgaben zu erfüllen. Stadtrat Reto Stäheli hat der FGK nachvollziehbar erklärt, dass es nun gelungen ist, die Reorganisation so vorzubereiten, dass eine Stellenaufstockung von 250 % reicht. Dabei bildet eine umfassende Neuorganisation der Strukturen der Abteilung Grundlage der Reorganisation. Die FGK ist grossmehrheitlich der Meinung, dass die Stellenaufstockungen zweckmässig und notwendig sind.

Auch in der Abteilung Soziales / Amtsvormundschaft / Vormundschaftsamt sind Stellenaufstockungen geplant. Hierzu zwingt vor allem die konstante Fallzunahme, welche nicht gesteuert werden kann. Aufgrund der demographischen Entwicklung ist auch künftig nicht mit sinkenden Fallzahlen zu rechnen. Zudem entsteht ein Mehraufwand im Zusammenhang mit den Ausständen der Krankenkassenprämien. Aufgrund des nachvollziehbaren Bedarfs, welcher der FGK von Stadträtin Heidi Wiher-Egger und dem Abteilungsleiter Hans-Jürg Fenner glaubwürdig erklärt wurde, stimmt die FGK dieser Stellenaufstockung einstimmig zu.

Das vom Stadtrat vorgesehene Investitionsvolumen von Fr. 5'542'000.— wurde von der FGK teilweise gekürzt beziehungsweise es liegen ihnen die entsprechenden Anträge vor. Die FGK hatte jedoch den Eindruck, dass die einzelnen Investitionen zum grössten Teil angebracht sind.

Das vorgelegte Budget 2009 erreicht einen Selbstfinanzierungsgrad von 40 % und liegt damit deutlich tiefer als vor einem Jahr. Das Ziel ist nach wie vor, mittelfristig einen Selbstfinanzierungsgrad von 100 % zu erreichen.

Die FGK kam grossmehrheitlich zum Schluss, dass sie einer Reduktion des Steuerfusses um weitere 2 % auf 76 % zustimmen kann.

Abschliessend bedanke ich mich bei meinen Kommissionskolleginnen und – kollegen für die gute Zusammenarbeit. Ein spezieller Dank geht auch an den Stadtrat und die Abteilungsleiter, insbesondere an Mischa Vonlanthen für seine Unterstützung während des ganzen Prozesses und nun auch an Bernhard Egli für die Unterstützung heute Abend.

Da ich kein Eintreten beantragen muss, schenke ich mir das.

Präsidentin Rita Anderes: Die Eintretensdebatte ist eröffnet. Das Wort für allgemeine Bemerkungen ist frei.

Erica Willi-Castelberg, SP: Das vorliegende Budget hat in unserer Fraktion sehr intensive Diskussionen ausgelöst. Es ist uns ein grosses Anliegen, Arbon vorwärts zu bringen, die Arbeitsplätze zu erhalten oder – noch besser – zu vermehren, die Wohnqualität für die ganze Bevölkerung zu steigern, gesunde Freizeitangebote für die Jungen und attraktive Massnahmen für die ältere Bevölkerung umzusetzen.

Wie erreichen wir das? Es ist eine grosse Herausforderung: Die Wirtschaft wird leider nicht nur in den nächsten Monaten, sondern in den nächsten Jahren zu kämpfen haben. Die Finanzen, welche jetzt – und vielleicht sogar noch im nächsten Jahr – recht gut aussehen, werden sich, den weltweiten Prognosen aller Fachleute zufolge, in absehbarer Zeit abschwächen. Eine Stagnation bis Rezession steht vor der Tür. Weitere schwarze Wolken für unsere Finanzen bildet die vom Kanton angedrohte Flat Rate Tax. Eine steigende Einwohnerzahl kostet auch Infrastrukturen. Vielleicht gibt es sogar Sozialkosten. Sie ist also nicht zwingend gewinnbringend.

Unser Budget ist prallvoll mit wünschenswerten Zielen, mit Ideen für die Weiterentwicklung der Stadt, mit Planungen für Gestaltung von Strassen, für Gebäudesanierungen und Restaurationen für die Altstadt, für eine Parkgarage, für einen Busbahnhof und und und.

Soll und kann das wirklich alles im Jahr 2009 angepackt werden? Wir haben da grosse Zweifel und wir wünschten uns, der Stadtrat, respektive die FGK, hätte das im Jahr 2009 wirklich Realisierbare herausgeschält und den Rest für das Jahr 2010 oder später eingetragen. Unsere Zweifel beziehen sich nicht nur auf die Finanzen, welche jetzt im Eiltempo für Planungen ausgegeben werden sollen, sondern vor allem auch auf die Möglichkeiten und Kapazitäten der Bauverwaltung. Bis allenfalls neue Kräfte eingestellt sind und diese sich eingearbeitet haben, dazu die anstehenden Berge abgetragen sind, vergeht wohl ein Jahr. Dazu kommt: Wird zu früh geplant, stimmt die Planung mit der späteren Realität nicht mehr überein und die Planung muss erneuert und angepasst werden. Solche Planungen für die Schublade sind verschwendete Steuergelder. Es macht deshalb wirklich keinen Sinn, jetzt dermassen viele Planungskredite aufzuführen. Wir werden deshalb dort einige Anträge stellen.

Was uns erstaunt ist, dass die Kulturförderung – die Position 1300 – nun plötzlich nicht mehr als Globalbudget geführt wird und noch mehr erstaunt uns die Begründung dazu: Die Beiträge sollen nicht jährlich verändert werden. Bitte, erinnern sie sich doch: Genau deshalb wurde das Globalbudget eingeführt, damit wir im Parlament nicht an den einzelnen Beiträgen herumschrauben, so dass das zuständige Stadtratsmitglied diese Kontinuität gewährleisten kann. Das ist genau um 180 Grad anders, als dies die FGK begründet.

Zu den Stellenaufstockungen: Wir sind von deren Notwendigkeit überzeugt. Wir waren damals schon – als einzige Partei – vehement gegen den Abbau, der sich nun tatsächlich auch als verheerend herausgestellt hat.

Eine Steuerfussenkung von 2 %, was immerhin einen Verlust von fast Fr. 400'000.— jährlich – und dies nicht nur einmalig – bedeutet, steht unseres Erachtens heute quer in der Landschaft. Ich werde mich beim Antrag der FGK dazu nochmals äussern.

Roman Buff, EVP: Die CVP / EVP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Die FGK hat wie üblich Position um Position des Budgets durchgekämmt und dem Stadtrat einen Fragenkatalog vorgelegt, der rasch beantwortet wurde.

Unsere Fraktion ist einstimmig für die vorgeschlagene Steuerfussenkung von 2 %. Nachdem nun die erste grosse Vorlage „Sanierung und Erweiterung des Schlosshafens“ durch das Volk mit grossem Mehr genehmigt wurde, stehen weitere Projekte im Rahmen unserer Stadtentwicklung an. Es sind auch in diesem Budget – nebst dem Hafen – viele Projekte wie „Neue Linienführung Kantonsstrasse“ und alles, was baulich damit zusammenhängt, aber auch prozesshaft damit verknüpft ist wie z.B. „Lebensraum Altstadt“ mit der Restaurierung Kappeli, Altlasten Altstadt, Parkplatz Engelplatz und so weiter geplant. Die Schwierigkeit ist, als Parlamentarier die komplexen Verknüpfungen und Abhängigkeiten dieser Planungen und Umsetzungen untereinander detailliert zu erkennen und dann auch noch zu beurteilen, ob die Abteilung Bau dies alles bewältigen kann, steht sie doch mitten in einer Reorganisation mit einer damit mehr als begründeten Stellenaufstockung.

Unsere Fraktion plädiert dafür, nicht der Gefahr zu unterliegen, durch unsachgemässe Kürzungen einzelner Positionen den Fluss dieser komplexen Entwicklung operativ zu behindern. Das bedingt aber auch eine noch verfeinerte Informationspolitik des Stadtrates, die bis heute aber schon deutlich zugelegt hat.

Die budgetierten Stellenaufstockungen sind für uns bis auf eine Ausnahme – wir kommen in der Detailberatung darauf zurück – nachvollziehbar, nachdem die verschiedenen Abteilungen einer gründlichen Reorganisation unterzogen wurden. Die Bauverwaltung ist gerade in diesem Prozess. Wir gratulieren dem zuständigen Stadtrat Reto Stäheli für diese – und auch andere – Parforce-Leistungen, die aber die absolute Grenze für einen Miliz-Stadtrat erreicht haben. Wir freuen uns auf die positive und optimistische Entwicklung unserer Stadt und sind überzeugt, dass wir auf dem richtigen Kurs sind.

Elisabeth Tobler, SVP: Im Namen der SVP Fraktion danke ich dem Stadtrat und dem Stadtpersonal für das erstellte Budget und die ausführlichen Erläuterungen.

Nach einem Überschuss von 13 Steuerprozenten in der Rechnung 2007 und einer äusserst geringen Steuerreduktion von nur gerade 2 % im Jahr 2008 legt uns der Stadtrat wiederum ein Budget mit einem Defizit von 3,3 Steuerprozenten vor. Im Budget 2008 war dieses rund 1 %. Und wie bei jeder Budgetierung rechnet der Stadtrat wiederum mit einem positiven Rechnungsabschluss von rund Fr. 700'000.—, was 3,5 Steuerprocente beträgt. Also hätte die von der SVP-Fraktion beantragte Steuerfussreduktion – um damals 4 % – absolut drin gelegen. Die SVP hätte nun wirklich vom Stadtrat erwartet, dass er nach so vielen Mehreinnahmen im Stande ist, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen und nicht wieder mehr ausgibt, als verfügbar ist. Es zeigt deutlich auf, wenn das Parlament auch grosszügig war mit einer Steuerfusssenkung um nur 2 %, wird mit den Mitteln nicht sorgfältiger umgegangen, sondern es wird wiederum mehr ausgegeben.

Wir stellen generell fest, dass vor allem im Planungsbereich wieder einmal mehr sehr hohe Kosten drin sind, die mit einer besseren Steuerung auf Folgejahre geschoben werden könnten. Die Erfahrung zeigt nämlich, dass nicht alles miteinander realisiert werden kann.

Auch der Bereich „allgemeine Verwaltung“ glänzt mit Mehrausgaben. Diesmal mit satten 15 %. Es stellt sich aber bei den Löhnen auch die Frage, wie hoch der Stadtrat die Teuerung ausgleicht und ob dies zusammen mit den individuellen Lohnerhöhungen im Budget berücksichtigt wurde, genauso wie die Ortszulage. Wir erwarten vom Stadtrat dazu noch eine Antwort.

Im Bereich Kultur und Freizeit begrüsst die SVP, dass durch das Weglassen der Globalbudgetierung wieder mehr Transparenz geschaffen wurde, erwartet aber vom Stadtrat eine genaue Überprüfung wie das Geld verteilt wird und ob es notwendig ist.

Bei der Sozialen Wohlfahrt nimmt die SVP mit Bedauern Kenntnis von den steigenden Fallzahlen und dass aus diesem Grund eine Stellenaufstockung vorgenommen werden muss. Die SVP möchte aber klar betonen, dass in diesem Bereich nicht überall die Stadt in Aktivismus verfallen sollte, sondern dort, wo Freiwillige oder andere Institutionen Funktionen wahrnehmen, diese ihre gute Arbeit machen lassen sollte.

Im Bereich Bau wurde die von der FGK angemahnte Reorganisationsüberprüfung durchgeführt und erneut wird eine Stellenaufstockung vorgenommen. Die SVP beobachtet sehr genau was in dieser Abteilung vor sich geht, fragt sich auch, ob allenfalls vorübergehend Arbeiten extern an Fachleute vergeben werden könnten, bevor man Stellen aufstockt. Wir erwarten nach dieser Reorganisation eine effiziente und kundenfreundliche Arbeitsweise und somit eine Verbesserung für alle Bürger, ansonsten wird eine Stellenreduktion zum Thema.

Beim Investitionsbudget kann die SVP hinter den Anträgen der FGK stehen. Wir ermahnen den Stadtrat, sich auch für kommende Investitionen genau zu überlegen, was wir mit einem erträglichen Steuerfuss realisieren können. „Nice-to-have“ Positionen sind vor dem Hintergrund von kommenden Flat-Rate-Tax-Ausfällen zurückzustellen.

Die SVP wird sich weiterhin für eine gedeihliche Entwicklung unserer Stadt zu einem vernünftigen Preis einsetzen und beantragt ihnen den Anträgen des Stadtrates Folge zu leisten.

Werner Keller, FDP: Wir möchten uns beim Stadtrat und der Verwaltung bedanken für die Vorbereitung der Budgetunterlagen. Die Fraktion der FDP / DKL hat sich intensiv mit dem vorliegenden Budget befasst. Bei der Beratung haben wir besonders zwei Positionen näher betrachtet: Die Stellenaufstockung in der Bauverwaltung und die Restaurierung des Kappeli.

Nachdem wir nochmals die Verantwortlichen des Stadtrates anhörten, kamen wir zu einem positiven Entscheid und werden beiden Vorhaben grossmehrheitlich zustimmen.

Auch die vom Stadtrat vorgeschlagene Steuerfussreduktion von 2 % werden wir unterstützen. Wir sind nicht sicher, ob der Stadtrat auch in der heutigen Zeit, diese Reduktion vorschlagen würde. Beim Festlegen des Steuerfusses wird in der Zukunft Flexibilität verlangt und es muss uns bewusst werden, dass wir allenfalls in den nächsten Jahren den Steuerfuss wieder anheben müssen.

Wir dürfen uns die Entwicklung der Stadt Arbon nicht selber verbauen. Denken und investieren wir weiterhin in die Zukunft. Mit den überdurchschnittlichen Bautätigkeiten in Arbon sehen wir ein klar steuerliches Wachstum und das müssen wir zusammen mit dem Stadtrat generieren. Ich betone: Um den Steuerertrag zu erhöhen, sind wir alle, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, in der Verantwortung. Sehen wir doch die Chancen von Arbon, mit unseren bekannten Standortvorteilen. Will sich die Stadt Arbon als interessanter Standort behaupten, so braucht es einen Stadtrat und ein Parlament, die diesen Härte-test bestehen. Wir müssen gemeinsam Rezepte finden, die in möglichst kurzer Zeit Früchte tragen. Nehmen wir doch diese Herausforderung an und gehen konstruktiv in die Detailberatung.

Ich möchte es nicht versäumen bei dieser Gelegenheit im Namen unserer Fraktion der FGK Präsidentin, Silke Sutter Heer, ganz herzlich für ihren Einsatz und die grosse zeitraubende Arbeit zu danken.

Stadtrat Patrick Hug: Ich danke den Sprechenden der einzelnen Fraktionen und auch der FGK für die wohlwollende Aufnahme des Budgets der Stadt Arbon für das Jahr 2009. Werner Keller, der Stadtrat würde in Sachen Steuerfuss auch heute, in einem wirtschaftlich schwieriger werdenden Umfeld, so entscheiden. Vor Jahresfrist nämlich hat der Stadtrat dem Stadtparlament mit dem Budget 2008 eine Steuerfussreduktion von 80 % auf 78 % beantragt. Sie haben diesem Antrag Folge geleistet. Der Stadtrat hatte damals ausdrücklich erklärt, dass er bei einer anhaltend guten Finanzlage den Steuerfuss mit dem Budget 2009 um weitere 2 Prozentpunkte senken werde. Diese Situation ist jetzt eingetreten. Die aktuelle Hochrechnung für das Jahr 2008 rechnet mit einem Überschuss von Fr. 800'000.—. Das ist sogar leicht höher, als in ihren Unterlagen vermerkt. Der Stadtrat beantragt ihnen deshalb mit dem vorliegenden Budget eine weitere Steuerfussreduktion um 2 % von bisher 78 % auf neu 76 %.

Erica Willi-Castelberg, ich habe ihre Befürchtungen und Einwende mit einigem Erstaunen zur Kenntnis genommen. Sie sollten das Argumentarium der SP und Gewerkschaften im Thurgauer Grossen Rat übernehmen, die ihren Antrag auf Senkung des Staatssteuerfusses mit der Forderung verknüpften, dass man keine Steuern auf Vorrat erheben solle. Genau diese Devise befolgt der Arboner Stadtrat, indem er den Steuerfuss um 2 % senken möchte. Und ich kann das von ihnen skizzierte triste Wirtschaftsbild nicht nachvollziehen. Die vom Stadtrat veranschlagten Steuererträge 2009 basieren auf den Steuererklärungen 2008 mit zu erwartenden steigenden Lohnsummen und grossmehrheitlich gutem wirtschaftlichen Verlauf und positiven Geschäftsabschlüssen bei den Firmen.

Die Bautätigkeit in unserer Region wird sich im Jahre 2009 gut entwickeln. Und ich gehe davon aus, dass dies auch im Jahr 2010 der Fall sein wird. Und die Konsumentenstimmung ist sogar sehr gut, berichtete doch die „Tagesschau“ vorgestern Sonntag von einem Anstieg des angelaufenen Weihnachtsgeschäfts von plus 7 % auf Fr. 562.— pro Person.

Zu Elisabeth Tobler: Der Stadtrat wird an seiner Sitzung vom 15. Dezember 2008 über den Teuerungsausgleich befinden. Sie werden Verständnis haben, dass ich hiezu noch keine Detailangaben bekannt geben kann. Die von ihnen angesprochene Ortszulage ist verteilt auf die verschiedenen Ressorts und Abteilungen in den jeweiligen Gesamtbeträgen enthalten. Ich möchte den Vorstoss von Andrea Vonlanthen nicht schmälern, aber das hat in der Gesamtlohnsumme noch Platz, der Stadtrat musste hier keine Korrektur mehr vornehmen.

Noch einige Bemerkungen zum Finanzplan: Das Modell der auf den 1. Januar 2010 geplanten Flat Rate Tax, wie es der Thurgauer Regierungsrat präsentiert hat, ist noch nicht in Stein gemeisselt. Bereits ist die Regierung den Gemeinden in einem Punkt entgegen gekommen und hat den Verteilschlüssel bei den Liegenschaftensteuern für die Gemeinden von 55 % auf 75 % erhöht. Dies würde für Arbon rund Fr. 190'000.— oder ein Steuerprozent ausmachen. Um diesen Mehrertrag wäre auch der Finanzplan zu korrigieren. Dieser wurde vom Stadtrat verabschiedet, bevor uns diese erfreuliche Nachricht aus Frauenfeld erreicht hat. Sie haben festgestellt, dass wir im Finanzplan mit einem Steuer-minderertrag von sechs Prozentpunkten rechnen, was auf noch fünf Prozentpunkte zu korrigieren wäre. Die grossrätliche Kommission „Flat Rate Tax“ hat ihre Beratungen erst aufgenommen und es sind noch weitere Entlastungen für die Gemeinden zu erwarten. Ich habe diesbezüglich verlässliche Signale erhalten. Hinsichtlich der künftigen Steuererträge ist der Stadtrat zuversichtlich: Einerseits ist die Steuerkraft im Steigen begriffen, andererseits nimmt die Einwohnerzahl in Arbon jährlich zwischen 150 und 200 Personen zu. Mit einem Eigenkapital von voraussichtlich rund vier Millionen Franken Ende 2008 könnte die Stadt im zyklischen Wirtschaftsverlauf problemlos auch zwei, drei oder gar vier Defizite auffangen.

Zu den Stellenprozent-Erhöhungen werden die ressortzuständigen Stadtratsmitglieder in der Detailberatung Stellung nehmen. Zur Investitionsrechnung wird der Stadtmann – ebenfalls in der Detailberatung – noch erläuternde Bemerkungen machen.

Andrea Vonlanthen, SVP: Wenn Herr Stadtrat Hug sagt, dass der Entscheid für die Lohnerhöhungen erst gefällt werde, heisst das dann, dass im jetzigen Budget eine Lohnanpassung von 0,0 % einberechnet worden ist? Kommt also zu den jetzigen Budgetangaben noch eine Lohnentwicklung von 2 % oder 3 % dazu? Mir scheint das eine seltsame Budgetierung zu sein. Ich kenne keinen Betrieb, der ein Budget erstellt, ohne die Lohnentwicklungen zu berücksichtigen. Wie kommt es, dass der Stadtrat das nicht zusammenbringt?

Stadtrat Patrick Hug: Lieber Andrea Vonlanthen, diesen Vorwurf weise ich entschieden zurück. Sehr wohl hat der Stadtrat einen Betrag eingesetzt. Massgebend für uns ist aber der Teuerungsindex Ende November. Sie haben festgestellt, dass der Teuerungsindex stark zurückgegangen ist. Erstmals wieder bei 1.5 % – so tief wie schon lange nicht mehr. Der Stadtrat wird nächsten Montag darüber zu befinden haben, wie er den eingesetzten Betrag umsetzen oder noch Korrekturen anbringen möchte. Dieses Prozedere ist nicht neu, sondern wiederholt sich jedes Jahr. Wie gesagt, für uns ist die Teuerung Ende November als Richtlinie massgebend.

Andrea Vonlanthen, SVP: Darf das Parlament noch wissen, welchen Satz sie im Budget eingesetzt haben? Werden die Personalkosten gemäss Budget tendenziell eher steigen oder eher sinken?

Stadtrat Patrick Hug: Die Personalkosten werden eher sinken, weil auch die Teuerung gesunken ist. Wir haben 2.5 % eingesetzt.

Präsidentin Rita Anderes: Gibt es weitere Wortbegehren zum Eintreten? Dies scheint nicht der Fall zu sein.

Max Gimmel, FDP betritt um 18.45 Uhr den Seeparksaal.

Präsidentin Rita Anderes: Ich begrüsse Max Gimmel, der soeben eingetroffen ist. Somit sind jetzt 28 Mitglieder anwesend. Das absolute Mehr liegt neu bei 15 Stimmen.

Detailberatung:

Präsidentin Rita Anderes: Ich möchte ihnen vorab bekannt geben, wie ich die Detailberatung durchführen werde:

1. Liegt ein Antrag der FGK vor, möchte ich nur auf Wunsch eines Stadtrats- oder eines Parlamentsmitgliedes abstimmen lassen, da dieser Antrag ansonsten für mich als unbestritten gilt. Widersprechen sie mir, falls sie dies anders sehen. In diesem Fall würde der FGK-Antrag als genehmigt gelten.
2. Liegt ein Antrag der FGK vor und wird von einem Parlamentsmitglied ein Gegenantrag oder ein anderer Antrag gestellt, werden wir zuerst über Antrag FGK und Antrag Parlamentsmitglied abstimmen. Danach wird der obsiegende Antrag dem Antrag des Stadtrates, den sie dem Voranschlag entnehmen können, gegenübergestellt und darüber abgestimmt.
3. Wenn seitens Stadtrats Korrekturen angebracht werden und keine Wortmeldungen seitens Parlament erfolgen, gelten diese als unbestritten und damit als angenommen.
4. Zieht der Stadtrat einen seiner Anträge zurück und liegt ein FGK-Antrag vor, der ebenfalls als unbestritten gilt, gilt der FGK-Antrag als stillschweigend angenommen.

Hoffen wir, dass wir das alles klar über die Bühne bringen. Kommen wir zur Detailberatung. Silke Sutter Heer hat das Wort.

Laufende Rechnung:

Kommissionspräsidentin Silke Sutter Heer: Nur einige Vorbemerkungen zur Detailberatung, dann habe ich mich wohl dem Tempo der Präsidentin anzupassen. Die FGK ist in ihrem Ergebnis der Laufenden Rechnung nach ihren Korrekturen ohne Sozialleistungen und teilweise mit Abschreibungen auf einen Aufwandüberschuss von Fr. 555'765.— gekommen, im Gegensatz zum Stadtrat, der noch mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 645'665.— gerechnet hat.

Bei der Investitionsrechnung haben sich durch unsere Anträge Mehrausgaben von Fr. 55'000.— ergeben. Das wird sich aber wohl im Laufe des Abends noch ändern. Wir werden dann am Schluss die tatsächlichen Zahlen erhalten.

Der Abschreibungssatz bei den Immobilien beläuft sich wie bisher auf 8 %. Darauf basieren diese Zahlen.

10 Allgemeine Verwaltung

1020 Gemeindeverwaltung: Konto-Nr. 1020.3010 Besoldungen

Roman Buff, EVP: In der Abteilung Stadtkanzlei ist eine Änderung im Stellenetat von plus 80 % budgetiert. Der CVP / EVP-Fraktion ist aufgefallen, dass diese Stellenaufstockung im FGK-Bericht nicht erwähnt beziehungsweise kommentiert wird. Sie wird im stadrätlichen Voranschlag 2009 mit einem erhöhten Aufwand für die Beratungstätigkeit in der Schlichtungsstelle und einem vermehrten Aufwand im juristischen Bereich begründet. Im Gegensatz zur Stellenaufstockung in der Abteilung Bau / Freizeit / Sport und in der Abteilung Soziales / Gesellschaft, wo die Erhöhungen begründet und für uns nachvollziehbar sind, ist dies in der Abteilung Stadtkanzlei für uns nicht ganz nachvollziehbar.

Wir wollen deshalb den Stadtrat dringend bitten – analog zur Bauverwaltung – in der Abteilung Stadtkanzlei 2009 ebenfalls eine Reorganisation anzugehen mit einer genauen Ist-Analyse, präzisen Stellenbeschrieben und darauf folgend einer Soll-Analyse und Vergleich der beiden Analysen mit präzisen Folgerungen für den Stellenetat durchzuführen. Diese Hausaufgabe sollte der Stadtrat besonders auch darum an die Hand nehmen, bevor zum Beispiel die Nachfolge von Thomas Stadelmann, der die Stadt bald verlässt, mittels neuer Stellenausschreibung und Anstellung geregelt wird.

Damit der Stadtrat nun darin freie Hand hat, verzichten wir auf einen Antrag auf Kürzung dieser Budgetposition, werden aber in einem Jahr – wenn nötig – an gleicher Stelle darauf zurückkommen.

Stadtmann Martin Klöti: Ich nehme gerne Stellung zu dieser Aufstockung. Sie ist tatsächlich eine Aufstockung, die seit drei Jahren fällig wäre. Wir schieben Ferienguthaben und Überstunden vor uns her. Die Stadtkanzlei wird in dem Sinne nicht reorganisiert. So eine Analyse wie in der Abteilung Bau wäre Wasser in den Rhein getragen. Wir werden die Position aber trotzdem in den Stellenbeschrieben genau beschreiben und wir werden die Nachfolge von Thomas Stadelmann natürlich schon sehr bald an die Hand nehmen. Wir werden kein Jahr warten. Daher ändert am Konzept nichts.

Hingegen müssen wir diese Ressourcen wahrnehmen können. Es ist ein grosses Mass an Verträgen, Projekten aus Steuergruppen, Arbeitsgruppen und der Nutzungsplanung anstehend, die alle durch diese Abteilung müssen. Daher danke ich ihnen, dass sie uns diesen Spielraum gewähren. Wir werden selbstverständlich zeigen, wie wir uns organisieren. Das ist allerdings Sache des Stadtrates.

1028 Bauverwaltung: Konto-Nr. 1028.3010 Besoldungen

Andreas Brüscheiler, SVP: Das Baubewilligungsverfahren dauert in der Stadt Arbon überdurchschnittlich lange. Die Bauverwaltung wurde von einem Bauboom regelrecht überrascht. Zudem sind die Anforderungen eines Baugesuches wesentlich höher, als noch vor wenigen Jahren. Die Prüfung von zusätzlichen Formularen bezüglich Energie, Ökologie etc. beansprucht mehr Zeit.

Eine externe Beratung hat gemäss Kommissionsbericht eine umfassende Analyse durchgeführt. Diese Analyse hat ergeben, dass in der Abteilung Bau Stellenprozente fehlen, um die anfallenden Tätigkeiten rationell auszuführen. Wie sich die Bautätigkeit in Zukunft entwickeln wird, ist schwierig voraussehbar. Ob die Anzahl der Baueingaben in den nächsten Jahren immer noch so hoch sein wird, wird sich zeigen.

Ein Beispiel: Die Städte Rorschach, Rorschacherberg und Appenzell verfügen auch über eine Bauverwaltung. Damit ein speditiver, reibungsloser Baubewilligungsablauf auch in Spitzenzeiten funktioniert, wird die Kontrolle der Gesuchsformulare an externe Planungsbüros übergeben. Diese externen Büros haben die Aufgabe und vielleicht auch den Vorteil, die anstehenden Baugesuche innerhalb der vorgegebenen Frist bearbeiten zu können. Das Personal dieser Bauverwaltungen muss während eines Baubooms nicht aufgestockt und bei einer allfälligen Bauflaute nicht wieder abgebaut werden. Ob aufgestockte Stellen in der Verwaltung überhaupt wieder abgebaut werden, sei dahingestellt.

Zudem frage ich mich, warum die Bauverwaltung, die sich stets über mangelndes Personal beklagt, bei der Erweiterung der Sanitäranlagen des Campings die Bauleitung übernahm. Bestand nicht auch dort die Möglichkeit, diese Arbeiten auswärts zu vergeben?

Meine Fragen an Stadtrat Reto Stäheli lauten: Hat die externe Beratung und der Stadtrat die Option der Auslagerung von Arbeiten an externe Büros untersucht beziehungsweise miteinbezogen? Falls ja, welche Arbeiten betrifft es und wie viele Stellenprozente können so eingespart werden? Falls nein, ist der Stadtrat gewillt, die Möglichkeit des Outsourcings sofort zu prüfen und die gewünschte Stellenaufstockung von 250 % entsprechend zu reduzieren? Besten Dank für die Beantwortung der Fragen.

Stadtrat Reto Stäheli: Wie du eingangs gehört hast, hat die Analyse eine Aufstockung von 420 Stellenprozente ergeben. Wir sind grundsätzlich daran, Arbeiten auswärts zu vergeben, wenn wir das Projekt von Anfang an sauber aufsetzen können. Dann versuchen wir dort, wo wir nicht genügend eigene Ressourcen haben, das Projekt mit einem Externen durchzuziehen. Siehe zum Beispiel das Projekt „Neue Linienführung Kantonsstrasse“. Kleinere Projekte, die die Stadt vor allem intern hat, sind sehr schwierig nach aussen zu vergeben. Dazu ist der Aufwand für das Einarbeiten viel zu gross. Wir sind aber bestrebt, dort wo es Sinn macht, externe Projektleiter zuzuziehen.

Die 250 Stellenprozente sind ein absolutes Muss, die wir brauchen. Wir können heute in der Bauverwaltung keine saubere Baunachkontrolle mehr durchführen, weil wir die Ressourcen nicht haben. Wir sind also schon damit gefordert, die gesetzlichen Aufgaben sauber durchführen zu können. Diese Aufgaben müssen wir intern lösen, die können wir nicht alle auswärts geben. Die Schnittstellen wären viel zu gross. Daher sind die 250 Stellenprozente gerechtfertigt. Die Reduktion von 420 % auf 250 % beinhaltet auch zum Teil Arbeiten, die wir auswärts geben können. Wir werden zum Beispiel das GIS – so weit es geht – auswärts geben und nur noch sogenannte „User“ sein. Also dort machen wir schon einen Schritt, denn wir in Richtung externe Arbeitsvergabe gehen. Andere Bauverwaltungen betreiben das noch selber. Wir sind bestrebt in der Bauverwaltung das zu machen, was wir selber machen müssen und das, was wir auswärts geben können auch wirklich auswärts geben.

1300 Kulturförderung: Konto-Nr. 1300.36521: Beitrag an Arbon Classics

Kommissionspräsidentin Silke Sutter Heer: Nach der Budgetierung des Stadtrates ist ausgekommen, dass dieser Anlass nur alle 2 Jahre durchgeführt werden kann, deshalb stellt die FGK einen kosmetischen Antrag auf Streichung dieser Position.

1341 Schwimmbad

Erica Willi-Castelberg, SP: Wie ich den Fraktionspräsidenten schon bekannt gegeben habe, möchten wir hier einen Antrag stellen. Es ist ein Antrag auf einen Planungskredit über Fr. 25'000.— für die Planung eines Wärmeverbundes im Bereich Schäfliwiese.

Auf der Schäfliwiese wird bekanntlich im nächsten Frühjahr die geplante Überbauung begonnen. Eine grössere Heizungs- und Warmwasseranlage muss realisiert werden. Auch die Stadt hat mit ihren verschiedenen öffentlichen Anlagen an diesem Ort viel Wärmebedarf – im Schwimmbad nur im Sommer, in der Rondelle und im Seeparksaal vorwiegend im Winter. Dann fragt es sich, ob die Traglufthalle definitiv vom Tisch ist oder ob sich auch hier das Energieproblem durch eine gemeinsame Anlage lösen liesse. Gemäss Energierichtplan sollen Planer ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass gemeinsame Anlagen erwünscht sind. Als Energiestadt müsste es doch für Arbon eine Selbstverständlichkeit sein, sich auch für eigene Anlagen an Energieverbunden mit Nahwärme, Blockheizkraftwerken oder Ähnlichem – auch mit Privaten – zu beteiligen und die Chance bei einer grossen Überbauung wie der Schäfliwiese zu nutzen. Eigentliche verstehen wir dieses Versäumnis der Stadt nicht.

Ein Gespräch unsererseits mit dem Planer ergab, dass er eine gemeinsame Anlage als sinnvoll und effizient erachtet und er durchaus gewillt ist, die Bedürfnisse der Stadt mit einzubeziehen. Allerdings müsste die Stadt ihm innert kurzer Zeit ihren Wärmebedarf bekannt geben. Da wir eine Zusammenarbeit in jedem Fall für sinnvoll, umweltfreundlicher und kostengünstiger halten, beantragen wir diesen Planungskredit von Fr. 25'000.—. Damit soll der Wärmebedarf der öffentlichen Anlagen an dieser Stelle mit verschiedenen Szenarien durchgerechnet werden – für Schwimmbad, Rondelle und Seeparksaal. Ausserdem soll unverzüglich der Kontakt mit dem Planer aufgenommen werden, um mögliche Energieträger und Synergien abzuklären. Wir danken ihnen wenn sie uns zustimmen.

Konrad Brühwiler, SVP: Im Namen der SVP bitte ich sie, diesen Antrag abzulehnen. Vier Gründe sprechen gegen das Begehren der Fraktion SP und Gewerkschaften:

1. Die Höhe des Betrage: Diese Fr. 25'000.— scheinen uns eine Zufallsgrösse zu sein. Zu Beginn waren es Fr. 50'000.—. Es besteht in diesem Zusammenhang keine genaue Offerte. Eine solche Planung kann dann sehr schnell sehr viel teurer werden.
2. Wir haben heute Abend einer Aufstockung der Bauverwaltung zugestimmt. Wenn wir schon so grosszügigen Stellenaufstockungen zustimmen, meinen wir, dass solche Planungen künftig zwingend die zuständigen Amtsstellen durchführen sollten.
3. Da es sich bei dieser Wärmeanlage um eine gemeinsame Anlage handelt – also auch noch andere Partner in die Planung und Nutzung einbezogen werden – bräuchte es nach unserer Meinung einen transparenten Kostenteiler.
4. Sollte der Stadtrat nach all seinen Abklärungen zum Schluss kommen, dass Handelsbedarf besteht, hätte er nach unserer Ansicht genügend eigene Instrumente in der Hand, um eine gemeinsame Vorgehensweise anzugehen.

Ich danke ihnen, wenn sie diesen Antrag ablehnen.

Stadtrat Reto Stäheli: Eine kleine Information zu diesem Thema: Das Schwimmbad hat im Sommer knapp 1 Million Kilowattstunden von der IVECO FBT bezogen. Dazu muss man einfach wissen, dass es sich hierbei um eine Gratisleistung handelt. Dafür bezahlen wir keinen Franken.

Der Seeparksaal, der auch aufgeführt wurde, hat drei Heizsysteme: Öl, Gas und Wärmepumpe. Wir sind dort im Optimum drin und haben zum jetzigen Zeitpunkt keinen Handlungsbedarf.

Die einzige Liegenschaft, bei der allenfalls ein Handlungsbedarf besteht, ist die Rondelle, da sie einen zu kleinen Gaskessel hat. Das rechtfertigt aus meiner Sicht keinen Kredit von Fr. 25'000.—. Meiner Meinung nach können wir das bilateral mit der Bauherrenschaft von der Schäfliwiese aufnehmen, falls wir dort Wärme benötigen würden.

Konradin Fischer, FDP: Als direkt Beteiligter möchte ich gerne zu diversen Ausführung von Konrad Brühwiler Stellung nehmen. Ich muss ihm Recht geben. Eine Planung kann teurer werden, als man glaubt. Dies ist aber einerseits eine Sache der vertraglichen Regelung und andererseits eine nicht genau definierte Planungstiefe. Ich meine, es ist sehr wohl möglich, mit diesen Fr. 25'000.— diverse Abklärungen zu treffen, damit man dann sieht, ob ein Wärmeverbund Sinn macht oder eben nicht.

Genau das kann meiner Meinung nach nicht die Aufgabe der Bauverwaltung sein, solche Projekte, bei denen mehrere Partner involviert sind und die durch mehrere Partner betreut werden, selbständig intern zu lösen. Da gibt es spezialisierte Büros in Arbon oder Umgebung, die sich täglich mit solchen Fragen befassen und deshalb effizienter arbeiten und sehr wahrscheinlich auch bessere Lösungen bringen.

Auch die Frage des Kostenteilers kann Bestandteil eines Projektes sein. Ein sauberes Projekt, dass dann in einem Ausführungsprojekt oder effektiv in einer baulichen Umsetzung mündet, ist gezwungenermassen verknüpft mit einem Kostenteiler. Aber das ist Bestandteil eines Projektes. Die Stadt hat es meiner Meinung nach bis jetzt verpasst, zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort zu sein und ich bitte sie deshalb, die Stadt in die Pflicht zu nehmen und den Antrag von Erica Willi-Castelberg zu unterstützen.

Stadtammann Martin Klöti: Ohne dieses Projekt zu werten, möchte ich einfach darauf aufmerksam machen, dass es für uns Stadträte im Moment schwierig ist, auf ein solches Projekt einzugehen. Wir kennen jetzt nicht alle Beweggründe. Hätten wir es vorgängig abklären können, könnten wir jetzt eine klare Antwort geben. Ich finde eigentlich diesen Antrag am falschen Ort platziert. Es wäre durchaus möglich, dass solche Anträge bereits zu uns in die Budgetphase kämen. Also, dass sie uns gute Ideen vorlegen. Dann könnten wir uns vorbereiten und sagen, mit wem wir so ein Projekt machen, mit wem wir es finanzieren oder durchführen würden. Es ist jetzt für uns eine etwas schwierige Situation, um Stellung zu beziehen. Ich würde daher empfehlen diesen Antrag abzulehnen, da wir ja ohnehin Möglichkeiten haben uns zu beteiligen wenn mehrer Bauwillige zusammen gehen und wir als Betroffene mit dabei sind.

Erica Willi-Castelberg, SP: Ich erlaube mir nochmals auf einige Argumente einzugehen. Vor allem von Konrad Brüscheiler. Es ist gerade nötig, dass ein solcher Kredit gesprochen wird, um das herzustellen, was du gefordert hast. Ohne Kredit geht das gar nicht – zum Beispiel dieser zwingend transparente Kostenteiler. Der muss zuerst erarbeitet werden. Diese Fr. 25'000.— sind natürlich keine seriöse Kostenberechnung – ich bin kein Planungsbüro. Es ist einfach eine Summe, mit der man etwas anfangen kann, mit der man wirklich Abklärungen treffen kann.

Zur Frage, weshalb wir erst jetzt mit diesem Antrag kommen: Weil wir dem erst jetzt innegeworden sind. Das muss ich wirklich so sagen. Es ist plötzlich alles so schnell gegangen mit der Schäfliwiese, dieses Projekt und diese Baueingabe und wir mussten das zuerst für uns aufarbeiten. Deshalb stellen wir erst jetzt diesen Antrag.

Was sicher kein verlorenes Geld wäre, sind diese Abklärungen zu machen. Auch die Heizung im Seeparksaal und auch die Schwimmbadheizungen leben nicht ewig. Jetzt könnte man Voraussetzungen schaffen, um sich später zusammen zu schliessen. Das heisst ja nicht, dass man das gleich anhängen muss. Man könnte jetzt soweit gehen, dass es später einmal möglich ist. Das wäre dann garantiert ein Vorteil. Ich sehe nicht ein, warum man hier so separat fahren will und sonst von Privaten verlangt, dass sie sich in Bezug auf das Energiesparen zusammenschliessen, sich engagieren und investieren und die Stadt selber will nicht mit gutem Beispiel voran gehen. Das ist für Private dann auch nicht nachvollziehbar.

Noch ein Wort zum Tempo: Es muss sehr schnell gehen, denn wie sie wissen ist die Planung bereits erfolgt oder die Details sind jetzt im Entstehen. Die Planer wissen – ich habe nicht gewusst, dass Konradin Fischer dabei ist, sonst hätte ich mich mit ihm in Verbindung gesetzt – dass das jetzt sehr rasant gehen muss. Mit den jetzigen Voraussetzungen in der Bauverwaltung ist dieses Tempo nicht einzuhalten.

Elisabeth Tobler, SVP: Das Anliegen von Erica Willi-Castelberg schätze ich sehr, verstehe es und sehe in der Vergangenheit, dass es sehr viel gebracht hat, wenn man zusammen gespannt und so eine Lösung gefunden hat. Ich sehe aber nicht, dass wir einen Kredit um Fr. 25'000.— aufstocken. Ich sehe viel mehr, dass im Bereich Stadtentwicklung zum Beispiel Planungsgelder drin sind, die man jetzt für diesen Bereich nutzen sollte, wenn das tatsächlich ein sehr eiliges Projekt ist. Diese Chance sollte man nutzen und ich wünsche mir sehr, dass sich der Stadtrat diesbezüglich Gedanken macht und zukunftsorientierte Lösungen herausucht. Er soll sich nicht auf die Hinterbeine stellen und einfach sagen, dass man da keinen Kredit drin hat, also wird es nicht gemacht. Es ist ebenso eine Führungsaufgabe, dass man dann hingeht, genau nachschaut und die nötigen Schritte dann unternimmt, wenn sie nötig sind und nicht einfach sagt, ich habe nichts im Budget drin.

://: Der Antrag von Erica Willi-Castelberg wird grossmehrheitlich abgelehnt.

1343 Bootshafen: Konto-Nr. 1343.4350 Pachtzins Seetankstelle

Kommissionspräsidentin Silke Sutter Heer: Hier nochmals ein kosmetischer Antrag der FGK: Hier wurde nach der Budgetierung ein neuer Pachtvertrag mit einem höheren Pachtzins geschlossen, deshalb fällt der Ertrag um Fr. 3'000.— höher aus.

1650 Öffentlicher Verkehr: Konto-Nr. 1650.3651 Beitrag an IG öffentlicher Verkehr

Andrea Vonlanthen, SVP: Wir haben hier unter Position 3651 einen kleinen Betrag an die IG öffentlicher Verkehr. Ich beantrage unter einer neuen Position einen kleinen Beitrag von Fr. 200.— für die IG Seelinie zu budgetieren. Die IG Seelinie leistet einen wichtigen Beitrag zum Wohle der Stadt, genauso wie kulturelle Institutionen oder zur Sicherheit wie die Feuerwehr. Vom Güterzuglärm, den starken Erschütterungen und den lange geschlossenen Barrieren ist auch die Arboner Bevölkerung stark betroffen. Heute konnte man zudem lesen, dass die Güterzüge in nächster Zeit noch schneller verkehren. Da wird noch einiges auf uns zukommen.

Hier ist auch zu sagen, dass sich die IG Seelinie doch mit einigem Erfolg engagiert. Soeben hat sich die Thurgauer Regierung dazu bereit erklärt, ein Gutachten zur Interpretation des freien Netzzugangs erstellen zu lassen, nachdem sämtliche Gemeinden am See und auch die Regionalplanungsgruppe sich hinter die Anliegen der IG gestellt hatten.

In Bern bereiten Nationalrat Thomas Müller und Ständerat Hermann Bürgi auf Anstoss der IG Seelinie einen Vorstoss zu lärmabhängigen Trasseepreisen vor.

Wofür braucht die IG Seelinie finanzielle Mittel? Zu betonen ist, dass der ganze Vorstand ehrenamtlich arbeitet. Geld kosten zum Beispiel die verschiedenen Informationskampagnen, Anlässe wie das jährliche Podium oder die Hauptversammlung, die immer in Arbon stattfindet, der Ausbau des IG Netzwerkes und nicht zuletzt auch das erwähnte Gutachten der Regierung, an dem sich die IG finanziell beteiligen soll. Mit Fr. 200.— kann nicht viel finanziert werden. Doch der kleine Beitrag wäre ein grosses Zeichen der Anerkennung und der Solidarität in einem Kampf, der grosse Anstrengungen und einen langen Atem verlangt. Vielen Dank für diese kleine symbolhaft starke Unterstützung.

Stadtmann Martin Klöti: Ich informiere gerne kurz über diese IG öffentlicher Verkehr. Das ist eine Informationsdrehscheibe. Wir kriegen dort Informationen über Konzepte für den öffentlichen Verkehr. Die brauchen wir dringend, da wir jetzt mitten in einem Angebotskonzept drin sind. Ich gehe persönlich auf Exkursion. Beispielsweise war ich letzstens auf der Besichtigung der Baustelle Glattbruggbahn, 333 Millionen Franken Investition im Raum Zürich. Ich war am Durchmesser Hauptbahnhof Zürich, 1,6 Milliarden Franken Investition. Das ist also eine ganz interessante Plattform, um sich auszutauschen.

In dieser Hinsicht engagiere ich mich genauso für die IG Seelinie. Ich glaube nicht, dass es an Frankenbeiträgen liegt, dass die IG Seelinie zu ihrem Erfolg kommt. Wir werden ganz bestimmt einen Topf finden, diese IG Seelinie zu unterstützen. Ob es jetzt gleich eine neue Position werden soll in diesem Budget? Da würde ich eigentlich eher davon absehen, sondern diesen Beitrag in eine Pauschale rein nehmen, die wir ohnehin unterbringen. Aber unsere sichere Zusage, dort mitzumachen, die ist bewiesen. Auch die Gemeindeammänner des Bezirks haben sich engagiert und auch ich als Person und Podiumsteilnehmer habe mich bereits engagiert.

://: Der Antrag von Andrea Vonlanthen wird grossmehrheitlich abgelehnt.

1740 Friedhof und Bestattung: Konto-Nr. 1740.4230 Mietzins Rebenstrasse 30

Kommissionspräsidentin Silke Sutter Heer: Wir haben vor kurzem entschieden, dass es hier nicht zu einem Umbau, sondern zu einem Neubau kommen soll. Deshalb wird wohl auch nicht so rasch wie hier budgetiert mit dem erhöhten Mietzins zu rechnen sein. Wir haben uns erkundigt und sind der Meinung, dass diese Position um Fr. 15'000.— zu kürzen ist. Mietzinseinnahmen im Jahr 2007 waren Fr. 7'000.—, die werden wahrscheinlich noch kleiner sein, da man während des Abrisses und während des Neubaus sicher nicht in dieser Liegenschaft wohnen kann. Deshalb dieser Kürzungsantrag.

1781 Fachstelle Umweltschutz: Konto-Nr. 1781.3660 Energiefond

Ueli Troxler, SP: Ich stelle den Antrag um Erhöhung des Energiefonds von Fr. 30'000.— auf Fr. 60'000.—. Obwohl Arbon sich als Energiestadt bezeichnet, halten sich die Massnahmen für eine umweltfreundliche Energiepolitik in Grenzen. Von der Vorbildfunktion der Stadtverwaltung ist wenig zu hören und zu sehen. Mit dem vorgesehenen Budget kann der Stadtrat beim besten Willen nicht viel dazu beitragen. Aus diesem Grund beantragen wir den Kredit um Fr. 30'000.— zu erhöhen.

Durch die Anpassung der städtischen Richtlinien zur Energieförderung in Ergänzung zu Bund und Kanton kann die Stadt die lokal nachhaltige Energieproduktion und das Energiesparen stark fördern. Dabei kann die Stadt für ihre Verwaltung vorangehen und ihren Energiebedarf mit Starenergie abdecken und so Investitionen für Anlagen für erneuerbare Energien auslösen.

Stadtmann Martin Klöti: Diese Fr. 30'000.— sind das Dreifache wie im Vorjahr. Sie sehen, was wir in der Rechnung 2007 ausgegeben haben. Das ist die Energiekommission, die diesen Fonds verteilt und zwar abschliessend, nicht der Stadtrat. Die Kommission hat diesen Betrag gemäss den Förderbeiträgen, die wir aussprechen. Diese Förderbeiträge wiederum werden aber vom Stadtrat festgelegt. Wir haben gerade die Förderbeiträge neu festgelegt. Ich habe diesen Beitrag erhöht, verdreifacht, von Fr. 10'000.— auf Fr. 30'000.—, weil wir im Stadtrat der Meinung waren, dass 10 % der Dividende von Arbon Energie für solche Förderprogramme einzusetzen wären. Wir waren im Stadtrat eigentlich der Meinung, dass wir hier grosszügig gehandelt haben.

::: **Der Antrag von Ueli Troxler wird grossmehrheitlich abgelehnt.**

1790 Raumordnung: Konto-Nr. 1790.3180 Stadtentwicklung

Kommissionspräsidentin Silke Sutter Heer: Ich stelle namens der FGK den Antrag, dass diese Position Stadtentwicklung – insbesondere das Stadtmodell – um Fr. 30'000.— gekürzt wird. Die FGK war mehrheitlich der Meinung, dass für dieses Stadtmodell zuerst ein geeigneter Raum zur Verfügung stehen muss, bevor es realisiert werden kann. Zudem war die FGK der Meinung, dass mit diesem Projekt ohne Not zugewartet werden kann und dass es sich hierbei um eine Ausgabe handelt, die ohne Probleme verschoben werden kann.

Stadtmann Martin Klöti: Zu diesem Stadtmodell ist folgendes zu sagen: Wir haben es letztes Jahr bereits verschoben und wir sind jetzt daran, das Projekt „Lebensraum Altstadt“ für das nächste Jahr zu starten. Dies ist ein grosses Mitwirkungsverfahren. Wir haben an der diesjährigen Weihnachtsausstellung erlebt, wie gut die Bevölkerung auf Modelle reagiert. Wie genau man ein Bauvorhaben – eine Veränderung der Stadt – an einem solchen Modell zeigen kann.

Es wäre für uns sehr dienlich, diesen ersten Schritt zu tun, insbesondere auch, weil Investoren bereit wären einen Teil beizusteuern, besonders, wenn Gebiete wie der Breitehof oder der Römerhof entwickelt werden. Da holen wir uns dann die entsprechenden Investoren dazu. Mit diesen Fr. 30'000.— können wir vielleicht ein Viertel eines richtigen Stadtmodells realisieren, aber es wäre immerhin der Kern der Altstadt, wo es gerade beim Verkehrsregime darum ginge, den Menschen in der Altstadt zu zeigen, wo letztlich der Verkehr fliesst und wo öffentliche Räume wären, die man entwickeln könnte. Ob dieses Modell nun beispielsweise noch ein Jahr im Stadthaus stehen würde – wie dies in St. Gallen gemacht wird und ich empfehle ihnen sehr, dieses Stadtmodell in St. Gallen anzuschauen – und es dann später in diesen vielleicht dafür bestimmten Raum ins Kappeli käme, ist glaube ich kein Hinderungsgrund diese Arbeit nun doch an die Hand zu nehmen. Das ist auch etwas, dass uns nicht allzu stark betrifft mit Arbeiten innerhalb der Verwaltung, das ist ein Auftrag und dann wird für dieses Geld gearbeitet. Es ist also kein aufwendiges Projekt.

::: **Der Antrag der FGK wird mit 17:8 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.**

1831 Slow Up: Konto-Nr. 1831.3640 Beitrag an SlowUp

Kommissionspräsidentin Silke Sutter Heer: Die FGK stellt den Antrag, dass diese Position um Fr. 5'000.—, also auf den ursprünglichen Betrag erhöht wird. Die FGK war mehrheitlich nicht überzeugt, dass die Synergien mit dem Open Air zu Einsparungen von Fr. 5'000.— führen werden und deshalb soll der Slow Up gleich viel erhalten, wie die Jahre zuvor.

://: **Der Antrag der FGK ist unbestritten und wird diskussionslos genehmigt.**

1840 Industrie, Gewerbe, Handel: Konto-Nr. 1840.3186 CD Stadt Arbon

Kommissionspräsidentin Silke Sutter Heer: Hier stellt die FGK einen Streichungsantrag um Fr. 30'000.—. Sie kam zum Schluss, dass dieses Projekt im Jahr 2009 nicht wirklich notwendig ist. Es war nicht so, dass man der Meinung war, dass es überhaupt nie notwendig ist, aber es gibt sehr viele Projekte im Jahr 2009 und dieses könnte ohne Not verschoben werden.

Stadtmann Martin Klöti: Es ist meine Pflicht hier zu antworten. Es ist ein längeres Ansinnen innerhalb der Verwaltung, die ganzen Schriften zu trimmen, so dass jede Abteilung die gleichen Briefschaften nach aussen gibt. Wir haben nach aussen ein sehr uneinheitliches Erscheinungsbild. Es liegt überhaupt nicht am Logo, das wurde auch nicht verändert, aber es sind sehr viele Fragen des Layouts, die hier aufeinander abgestimmt werden müssten. Es geht die Welt nicht unter, wenn wir es nicht tun. Für einen modern organisierten Betrieb, wie es die Stadtverwaltung ist, mit Abteilungsleitenden, die nun schon im dritten Jahr darauf warten, wäre es aber gut, wenn wir dieses gute Projekt an die Hand nehmen würden. Wenn wir dies auf nächstes Jahr verschieben, wird diese Position dann wieder erscheinen. Ich überlasse das ihnen.

Max Gimmel, FDP: Ich möchte anregen, dass wenn das nächste Jahr wieder kommt, dies nicht unter diesem Konto läuft. Ich sehe nicht ein, dass unter dem Konto Industrie, Gewerbe, Handel das Corporate Design der Stadt laufen soll.

://: **Der Antrag der FGK wird einstimmig angenommen.**

1943 Rebenstrasse 33 (Sonnenblumenhaus): Konto-Nr. 1943.3800 Einlage in Rückstellung

Kommissionspräsidentin Silke Sutter Heer: Hier handelt es sich um eine Einlage in Rückstellungen von Fr. 42'900.—. Die FGK ist der Meinung, dass es keinen Grund gibt für eine solche Ausnahme. Die Stadt besitzt sehr viele Liegenschaften – auch kostenintensive Liegenschaften, die einen gewissen kulturellen oder historischen Wert haben. Es gibt keine Möglichkeit hier einen Spezialfonds zu gründen, das ist gesetzlich nicht vorgesehen. Damit würde nach Meinung der FGK ein Instrument geschaffen, das so nicht vorgesehen ist und auch keinen Sinn macht. Man muss sich vorstellen, das ist ein Topf, wo das Geld hin geht, das wird nur buchhalterisch zurückgestellt. Das ist kein geschlossenes Finanzsystem wie bei einer Spezialfinanzierung und deshalb sind wir der Meinung, wir sollten nicht anfangen solche Kassen zu bilden, die gar keine sind, weil dies gar keinen Sinn macht.

Wir haben überdies den Wunsch – uns ist dies im Jahr 2008 entgangen, beziehungsweise es ist uns gar nicht aufgefallen – dass dies auch für das Jahr 2008 nicht gemacht wird, wenn wir heute Abend entscheiden, dass diese Rückstellungen nicht gemacht werden. Im Budget war es so vorgesehen.

://: **Der Antrag der FGK ist unbestritten und wird diskussionslos genehmigt.**

Präsidentin Rita Anderes: Ich möchte ihnen noch eine Position durchgeben, die ich vergessen habe. Bei 1790 Raumordnung habe ich vergessen sie darüber zu informieren, dass der uns bereits im Vorhinein zugestellte Antrag der Arbeitsgruppe Werteorientierte Stadtentwicklung in der Höhe von Fr. 10'000.— aus formalen Gründen zurück genommen wurde. Bitte entschuldigen sie mein Versehen.

Gibt es Rückkommensanträge zur laufenden Rechnung?

Andrea Vonlanthen, SVP: Ich komme nochmals kurz zurück zur IG öffentlicher Verkehr. Da haben wir jetzt also die Situation, dass wir eine Position im Budget haben über Fr. 150.— an eine IG öffentlicher Verkehr, damit unser Herr Stadtmann an dieser Infodrehscheibe dieser IG teilnehmen kann, während die IG Seelinie, die doch Konkretes leistet, nicht enthalten ist. Ich habe dankbar zur Kenntnis genommen, dass der Stadtmann sagt, wir werden einen Topf finden, um die IG Seelinie mit Fr. 200.— zu unterstützen. Darf ich dies zu Händen des Protokolls nochmals festhalten und betonen, dass dieser Topf existiert und dass die IG-Seelinie mit diesen Fr. 200.— rechnen darf.

Finanzplan:

Kommissionspräsidentin Silke Sutter Heer: Seitens der FGK gibt es zum Finanzplan keine Bemerkungen.

Investitionsplan:

Kommissionspräsidentin Silke Sutter Heer: Eine kurze Vorbemerkung: Für das nächste Jahr wären wir froh, wenn man hier die Kontonummern wieder aufführen könnte. Mir ist nämlich nicht ganz klar, wie die Präsidentin das jetzt machen soll, ob sie einfach die Position aufruft. Bitte für nächstes Jahr wieder die Kontonummern aufführen.

1091 Verw.-Liegenschaft: Konto-Nr. 1091.1503 Kappeli

Kommissionspräsidentin Silke Sutter Heer: Ich bin in der komfortablen Lage, dass ich die Nummern habe, das ist 1091.1503. Es geht um die Restaurierung des „Kappelis“. Da sind Fr. 400'000.— budgetiert und Fr. 200'000.— Einnahmen aus einer Stiftung. Die FGK ist mehrheitlich zum Schluss gekommen, dass diese Position gestrichen werden soll und zwar aufgrund der vielen Projekte, die nächstes Jahr auf uns zukommen werden. Die FGK ist der Meinung, dass dies ein sehr ehrgeiziger Fahrplan ist und zwar nicht nur für den Stadtrat, sondern auch für das Parlament und es mehr als fraglich ist, ob dies alles im nächsten Jahr Platz haben wird.

Stadtmann Martin Klöti: Ich erlaube mir kurz auf dieses Vorprojekt Altstadt-Werkstatt „Kappeli“ einzugehen. Sie haben uns im letztjährigen Budget Fr. 20'000.— für ein Nutzungskonzept zugesprochen – im Nachhinein vielen Dank. Nun möchte ich ihnen zeigen, was mit diesen Fr. 20'000.— geschehen ist.

Wir haben uns ein Bild gemacht, was dieses „Kappeli“ für uns bedeuten könnte. Wovon gehen wir aus?

- Die Altstadt ist und bleibt das Herz der Stadt Arbon.
- Mit dem Projekt neue Linienführung Kantonsstrasse erhält die Altstadt eine neuen Zukunft.
- Die Altstadtentwicklung benötigt einen Begegnungsort.
- Die Kappelle St. Johann ist ein historisch wertvolles Gebäude.
- Die Substanz und die Wandmalereien müssen jetzt gesichert werden.

Was wollen wir mit diesem Projekt erreichen?

- Das Tempo der Stadtentwicklung und den Zeitbedarf für die Restaurierung aufeinander abstimmen.
- Den historischen Kern der Altstadt aufwerten.
- Die Bevölkerung kann die Sanierung und Umnutzung miterleben.
- Die Substanz und den Wert des „Kappeli“ erhalten.
- Das Projekt gemeinsam mit Partnern finanzieren.

Was haben wir schon gemacht?

- Vom März bis September 2008 haben wir dieses Vorprojekt – das Nutzungskonzept – erarbeitet.
- Wir haben Abklärungen durch die Archäologie und Denkmalpflege machen lassen. Der Kanton hat hier gegen 70'000.— investiert. Sie hatten Gelegenheit, diese Arbeiten vor Ort zu betrachten.
- Wir haben nun durch das Architekturbüro Marcel Ferrier in St. Gallen, der dafür prädestiniert ist, die CAD-Gebäudeaufnahmen und ein Modell, das im Stadthaus steht, anfertigen lassen.
- Wir haben eine Vorgehens-, Nutzungs- und Sanierungsanalyse mit dem Konzept „Raum im Raum“ und wir haben ein Konzept für den Umgang mit Wandmalereien gemacht.
- Wir haben Gespräche mit einer möglichen Stiftung geführt.

Ich nenne ihnen nun noch einige Stichworte zur Geschichte: Erbaut wurde das „Kappeli“ Ende des 14. Jahrhunderts. Es wird seit 1777 profan genutzt und wurde daher immer wieder umgebaut.

Nun folgt diese Visualisierung. Man könnte das vorhandene Angebot öffnen und sorgfältig nutzen. Sie sehen auf dem linken Bild den einen Raum mit dem Bogen und rechts die Arkade gegen die Hauptstrasse, die in diesem Fall geöffnet ist. Solche Eingriffe wären denkbar und könnten diesen Raum sehr interessant machen – nämlich auch von aussen einsichtig.

Die Idee hiesse „Raum im Raum“. In der Altstadt-Werkstatt Kappeli könnte man in einer Glasbox in der Grösse eines Konferenzraumes arbeiten, sich für Veranstaltungen treffen, das Stadtmodell in die Mitte stellen, sich darüber beugen und sich überlegen, wie sich die Stadt entwickelt. Es wäre ein Begegnungsort mitten in der Altstadt, aber auch mitten in einem Prozess in dieser Kappelle. Man würde also beobachten können, wie aussen herum restauriert wird und innen sitzt man sozusagen im Glashaus und zwar bei einer Raumtemperatur, die man sonst für die ganze Kappelle nie erreichen würde und auch nicht erreichen darf, denn darunter würden die ganzen Malereien Schaden erleiden.

Das heisst, dieser Raum bietet einerseits Gelegenheit mitzuverfolgen, was geschieht und andererseits Gelegenheit sich zu treffen, um über die Weiterentwicklung der Altstadt in diesem Mitwirkungsverfahren zu sprechen. Das Vorgehen im Jahr 2009 wäre die Substanz und die Wandmalereien zu sichern, dafür sind die budgetierten Fr. 400'000.— vorgesehen. Wir müssten eine Botschaft ans Parlament erarbeiten. Wir könnten die Sanierung der Wandmalerei und die Glasbox für die Jahre 2010 – 2013 ins Auge fassen. Die definitive Nutzung könnten wir dann auch fertig planen. Zur Finanzierung: Kantons- und Bundesbeiträge an die Denkmalpflege werden zugesichert. Dieser mögliche Beitrag der Stiftung aber nur, wenn sie heute zustimmen, dass es weiter geht. Wir hatten für das Jahr 2008 eine „Deadline“. Die hiess eigentlich, dass bereits im Jahr 2008 eine Urnenabstimmung hätte durchgeführt werden müssen, aber wenn sie uns jetzt erlauben weiter zu machen, werden wir im Jahr 2009 mit der Botschaft ins Parlament kommen und könnten noch im Jahr 2009 eine Urnenabstimmung durchführen.

Wir haben jetzt einen ersten Kostenvoranschlag von 1,6 Millionen Franken, das sehen sie auch in den Memopositionen, die alle so aufgenommen sind. Wir hätten also diese Stiftung, von der Fr. 200'000.— zugesichert sind und weitere Beiträge von nochmals Fr. 200'000.— in Aussicht gestellt werden. Das wären also insgesamt Fr. 400'000.—. Man kann das in den Wind schlagen, oder man kann dieses Bürgeranliegen aufnehmen. Wir haben eine Kostenschätzung vorliegen, die besagt, dass die Renovierung und der Einbau der Glasbox zirka 1,5 Millionen Franken kostet. Das ist das, was wir in unserer Finanzplanung abgebildet haben. Wir finden, das ist eine Chance für die ganze Altstadt und ich möchte unbedingt beantragen, dass wir dieses Projekt, das die Altstadt sicher bereichern könnte, an die Hand nehmen.

Roman Buff, EVP: Die CVP / EVP-Fraktion ist fast einstimmig für Beibehaltung dieser Position gemäss Budgetvorschlag Stadtrat und entgegen dem Änderungsvorschlag der FGK. Begründung:

1. Diese Position wird nun Jahr für Jahr vom Parlament auf ein weiteres Jahr verschoben. Das darf nicht so weitergehen. Eine weitere Verzögerung bringt nichts.
2. Die FGK hat diese Position abgelehnt, einzig weil sie zur Auffassung kam, dass aufgrund vieler schon vorgesehener Projekte für das Jahr 2009, es nicht nötig ist, noch ein weiteres Projekt auf den Stapel zu legen. Dies ist eine einseitige Sicht und mangelt an vertiefter Information.
3. An einer Gipfelkonferenz der Fraktionspräsidenten vom 26. November 2008 erhielten wir diese Information eindrücklich:
 - a) Dieses Projekt ist – anders als alle andern – sofort umsetzbar und hat einen hohen ideellen Wert für die Altstadt und ganz Arbon und ist in Etappen realisierbar. Es besteht also kein Zeitdruck.
 - b) Es handelt sich um eine Substanzerhaltung mit Werterhaltungszunahme und eine sanfte Renovation mit Restauration der unter dem Verputz verborgenen Malereien vom Kaliber der Bilder der karolingischen Kirche in Müstair, also möglicherweise auch von nationaler Bedeutung.

- c) Mittels der vorgesehenen Glasbox kann die Restauration der Bilder in Etappen je nach finanziellen und menschlichen Ressourcen weiter vorgenommen werden. In diesem Glashaus, mit immerhin zirka 40 Sitzplätzen, kann das Kappeli vor und während der Restauration genutzt werden. Stichwort „Lebensraum Altstadt“ oder „öffentliche Altstadt-Werkstatt“. Hier entsteht ein öffentlicher Begegnungsort, dem eigentlich keine Grenzen gesetzt sind: Zum Beispiel mit Modellen die (Alt-)Stadt-Prozesse zu erklären, Vorträge zu halten, die öffentlichen Führungen könnten hier beginnen – kurz man kann uns Arbonerinnen und Arboner und auch unseren Touristen das Zentrum von Arbon mit unserer Altstadt und auch der anstehenden komplexen Stadtentwicklung anschaulich zeigen. Ein gutes Beispiel dazu war die vergangene ARWA.
- d) Zu den Investitionskosten: Es sind für das Jahr 2009 Fr. 400'000.— zum Restaurierungsbeginn budgetiert. Für die Kosten der Jahre 2010 und 2011 sind in den Memopositionen je Fr. 500'000.— budgetiert. Zudem: Wenn das Stadtparlament diesen Betrag nun beschliesst, soll die schon lange im Raum stehende Stiftung gegründet werden und weitere Fr. 200'000.— für das Jahr 2009 werden von dieser noch zu gründenden Stiftung gesprochen. Hier liegt leider ein Schwachpunkt der ganzen Geschichte. Niemand weiss eigentlich, wer hinter den zukünftigen Stiftungsgründern steht. Nachdem Stadtmann Klöti ein Nutzungskonzept und die Kosten dargestellt hat, seien wir mutig und sagen ja zu diesen Investitionskosten für das Jahr 2009, damit das ganze nun endlich vorwärts geht und wir auch von den zu erwartenden Kantons- und Bundesbeiträgen profitieren können.

Elisabeth Tobler, SVP: Ich finde es äusserst bemügend, wenn das Parlament heute an der Parlamentssitzung zum ersten Mal die genauen Kosten zu hören kriegt – wir in der FGK hatten einmal eine kurze Projektvorstellung. Es wird überfallartig schnell eine Gipfelkonferenz einberufen und die Bevölkerung wird nicht informiert.

Ich finde es überhaupt nicht gut, wenn wir einfach schnell, schnell Fr. 400'000.— ausgeben müssen. Immer mit der Drohung, dass wenn wir das nicht tun, wir von dieser sogenannten Stiftung das Geld nicht erhalten. Es war im letzten Jahr genau dasselbe. Ich finde es doch sehr bemügend, in einer solchen Art und Weise gezwungen zu werden, über einen recht hohen Budgetbeitrag die Zustimmung geben zu müssen. Ich finde es ehrlich gesagt verwerflich.

Bernhard Bertelmann, SP: Um es vorweg zu nehmen: Die Fraktion der SP und Gewerkschaften begrüsst die Ideen und Vorschläge für das Kappeli – ich persönlich finde das sehr interessant. Trotzdem beantragen wir den Antrag der Kommission zu unterstützen.

Begründung: Wir haben vom Stadtrat mittlerweile eine Auslegeordnung, was an Arbeiten bevorsteht. Wenn wir die Investitionen im Investitionsplan anschauen, stellt sich die Frage: Wie ist das machbar? Aus unserer Sicht braucht es dringend eine Planung. Wir können nicht alles gleichzeitig machen.

Wir müssen Prioritäten setzen und unterscheiden, was wichtig und dringend und auf der anderen Seite, was wünschbar und was verschiebbar ist. Der Massstab für die Prioritätensetzung sind die strategischen Ziele der Stadt sowie die zur Verfügung stehenden Ressourcen.

Strategische Priorität hat sicher die neue Linienführung durch die Altstadt, die Entlastung der Landquartstrasse und alle städtebaulichen Aufgaben, die damit zusammenhängen. Das alleine ist eine sehr grosse Aufgabe für die Stadt, die Verwaltung und die Politik.

Daneben gibt es Projekte, die wir gerne machen würden – wie beispielsweise das Kappeli. Nur haben wir in der Stadt leider nicht die Ressourcen für diese Projekte. Es gibt keinen Grund, warum dieses Projekt nicht auch übernächstes Jahr realisiert werden könnte und daher hat dieses Projekt aus unserer Sicht zweite Priorität. Geldgeber sind meist – oder hoffentlich – vernünftige Leute, auch sie wissen, dass Geld von Sponsoren nicht ein massgebendes Kriterium für die Planung sein darf.

Wir bitten den Stadtrat und das Parlament Prioritäten zu setzen und sorgfältig mit den personellen und finanziellen Ressourcen umzugehen, ansonsten laufen wir Gefahr, uns mit Neben-Projekten wie der Plattform am Weiher zu beschäftigen. Projekte, die kommen und gehen.

Nicht zuletzt fordern wir das Parlament auf, Verantwortung zu übernehmen. Es kann nicht sein, dass wir im Budget jeweils nach dem Giesskannenprinzip Planungen, Projekte und Investitionen bewilligen und uns dann – wie dies im letzten Jahr geschehen ist – von der Rechnung überraschen lassen, was realisiert worden ist und was nicht.

Max Gimmel, FDP: Ich möchte den Ausführungen von Roman Buff beipflichten. Er hat ziemlich viel gesagt, trotzdem möchte ich seine Worte noch ergänzen: In diesem Fall müssen die Ressourcen nicht gross sein, da die meisten Arbeiten ja nicht von der Stadt selber vorangetrieben werden müssen, sondern durch externe Leute gemacht werden. Das „Kappeli“ wäre jetzt ein Beispiel, wo die Ressourcen der Stadt geschont werden.

Was mir aber viel wichtiger erscheint: Wenn wir das gehört haben, was der Stadtmann erwähnt hat, wird das Kappeli immer einen Nutzen haben, der nicht allen zugänglich und der nicht sehr hoch in der Priorität sein wird. Der Nutzen des Kappeli kann nicht gegeben sein, weil die Art und Weise des Gebäudes dies gar nicht zulässt. Trotzdem können wir das Kappeli nicht abbrechen. Es muss bleiben. Deshalb denke ich, müssen wir früher oder später – und wenn es in der Priorität nicht zuoberst ist, wird es immer später sein – endlich etwas machen und ein Zeichen setzen. So denke ich, vergeben wir nichts, wenn wir das jetzt angehen und etwas vorantreiben, das sehr langfristig ist, das aber primär im nächsten Jahr gesichert werden muss. Es ist eine Renovation, die nicht vollständig abgeschlossen sein wird, sondern es wird eine Werterhaltung gemacht und dazu dienen die Fr. 400'000.— und deshalb steht auch unsere Fraktion hinter diesem Projekt.

Konrad Brühwiler, SVP: Ich appelliere an sie, hier nicht zu verhindern, sondern zu ermöglichen. Der Stadtrat weiss – glaube ich – gut genug, welche Ressourcen er hat und wann er die einsetzen kann. Deshalb vertraue ich ihm, dass er im Jahr 2009 dieses Projekt an die Hand nehmen kann und zu einem guten Ende führen wird.

Stadtmann Martin Klöti: Ich erlaube mir noch ein Missverständnis aus dem Weg zu räumen. Es handelt sich hier um einen Projektkredit und um Sicherungsmassnahmen, die mit diesen Fr. 400'000.— gemacht werden. Wir werden nicht anfangen diese Kappelle zu restaurieren. Sie werden die Botschaft im nächsten Jahr ins Parlament bekommen und ausführlich darüber debattieren können, was dann an die Urne kommen muss, denn es sind über 1 Million Franken. Daher haben wir sie nicht überfallen, wir haben unseren Auftrag erledigt mit dem Nutzungskonzept die Möglichkeiten aufzuzeigen.

Ich möchte ihnen einfach sagen, dass es für die Bevölkerung wichtig ist, auch kleine Schritte in der Umsetzung zu sehen. Wir sprechen von der neuen Linienführung, die frühestens im Jahr 2011 an die Hand genommen werden kann. Aber es sind die kleinen Schritte, die Vertrauen schaffen. Wenn wir kleine Dinge umsetzen können, müssen wir uns nicht anhören, dass nur geplant wird, aber nichts geschieht. Deshalb wäre es sehr schön, wenn wir auch kleine Schritte tun könnten, um die Menschen damit abzuholen.

://: Der Antrag der FGK wird mit 19:7 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

1330 Parkanlagen: Konto-Nr. 1330.5501 und 1330.5669 Skaterpark

Kommissionspräsidentin Silke Sutter Heer: Budgetiert wurden Fr. 280'000.— sowie Einnahmen von Fr. 70'000.—. Die FGK beantragt ihnen, dass diese Position gestrichen wird, da eine Pressemitteilung veröffentlicht wurde, wonach dieses Projekt erst im Jahr 2010 realisiert werden soll. Es versteht sich von selbst, dass dies dann wieder budgetiert werden kann, aber wir stellen budgetrelevante Anträge und deshalb beantragen wir die Streichung und nicht die Verschiebung dieser Position.

Im Übrigen möchte ich hier noch dazu sagen: Wäre nicht der Streichungsantrag gekommen, wäre ein Antrag der FGK gekommen, dass diese Position zu erhöhen ist, weil uns gesagt wurde, dass dies nicht die realen Zahlen sind, sondern, dass die Anlage teurer werden wird.

Stadtrat Reto Stäheli: Wir haben zur Budgetzeit nicht genau gewusst wie teuer diese Anlage zu stehen kommt. Wir kommen im Januar in die Phase, in der wir das Bauprojekt genau erarbeiten und somit werden wir zwischen Januar und März die genauen Zahlen erhalten, was die Anlage kosten wird. Wir werden diese Position – wie es Silke Sutter Heer gesagt hat – im Jahr 2010 wieder ins Budget nehmen. Wir werden mit dieser Position wieder auf sie zukommen, da auch der Verein „Skaterpark“ wissen muss, wie er weiter funktionieren kann. Es ist richtig, dass wir die Anlage im Jahr 2010 realisieren, sofern sie mit dem richtigen Betrag, den wir dann definitiv festlegen können im Budget bleibt. Der Stadtrat zieht somit seinen Antrag zurück.

1330 Parkanlagen: Konto-Nr. 13.30.3501 Schlossanlage / Schlosshügel

Erica Willi-Castelberg, SP: Hier sind Fr. 250'000.— für eine Neugestaltung eingesetzt. Die Fraktion der SP und Gewerkschaften begrüsst diese Neugestaltung. Das Plateau soll neu gemacht werden und auch die Neumöblierung ist sicher kein Luxus. Wir sind aber der Meinung, dass die Fr. 250'000.— zu hoch sind. So viel muss man für eine Neugestaltung nicht einsetzen. Wir sind der Meinung, dass man hier Fr. 100'000.— sparen könnte und deshalb stelle ich im Namen der Fraktion der SP und Gewerkschaften den Antrag, anstelle von Fr. 250'000.— Fr. 150'000.— einzusetzen.

Stadtammann Martin Klöti: Der Stadtrat hat dieses Projekt sehr genau angesehen. Wir haben hierzu einen Wettbewerb unter Einbezug aller betroffenen veranstaltet. Wir haben die Wettbewerbsaufgabe gemeinsam formuliert, die Jurierung gemeinsam vorgenommen und wir haben ein Projekt auserkoren.

Von diesem auserkorenen Wettbewerbsprojekt wurde ein Vorprojekt vorgelegt. Dieses hat der Stadtrat sehr genau unter die Lupe genommen. Wir haben von diesem Vorprojekt bereits 2/3 zurück genommen, die wir nie umsetzen werden. Wir werden also nicht wie ursprünglich vorgesehen in drei Etappen bauen, sondern es bleibt eine einzige Etappe übrig.

Diese erste und einzige Etappe betrifft den Schlosshügel. Wir werden die Zufahrt nicht im grösseren Stil verändern, nichts mit neuen Beschriftungen unternehmen, nichts unternehmen am Schlosshang mit einer Terrassierung, keine neuen Zuwege um den Schlosshügel herum machen und wir werden auch den Graben nicht zuschütten. Das hat der Stadtrat alles gekippt. Es bleibt wirklich nur dabei diesen Schlosshügel in die Form zu bringen, die dieses Wettbewerbsprojekt beschreibt. Dafür sind die Fr. 250'000.— eine Minimalgrösse. Ansonsten können wir gleich die ganze Übung begraben. Dann wären es nur noch Pflegemassnahmen und dann werden sie einen Schlosshügel in dieser Qualität nicht bekommen.

Wir finden, die Schlossanlage verdient eine Aufwertung dieses einmaligen Ortes auch, damit er nicht weiter missbraucht wird als eine Ecke, in die man sich zurückziehen kann, die man besetzen kann. Das ist leider immer noch so. Wenn dieser Platz öffentlicher wird, ist auch die soziale Sicherheit besser gewährt. Das hat mit Beleuchtung und Ordnung zu tun. Dieser Ort zeigt sehr viel über Arbon und wie Arbon gepflegt ist oder eben nicht. Ich möchte ihnen daher sehr ans Herz legen, uns diese eine einzige Etappe mit diesen Fr. 250'000.— bauen zu lassen und nicht mit Abstrichen. Machen sie bitte keine halben Sachen.

Elisabeth Tobler, SVP: Wenn sie sagen, sie bauen das alles in einer Etappe, wäre für mich eigentlich noch wichtig zu wissen, wann das sein wird. Im Sommer, Frühling oder Herbst 2009? Kommt alles im Jahr 2009 oder wird ein Teil im Jahr 2010 gemacht?

Stadtammann Martin Klöti: Ich darf ihnen sagen, dass die Arbeiten an der Vegetation natürlich in der Winterzeit gemacht werden und dass wir nicht in der Hochsaison im Sommer mit Baggern auffahren werden. Die Arbeit wird vom Landschaftsarchitekturbüro Hänggi Basler in Bern gemacht. Es ist für dieses Büro nicht der erste Auftrag, den man in einer öffentlichen Anlage macht, daher werden die Bauarbeiten bestimmt nicht zur Unzeit kommen. Das Bauprojekt liegt vor. Der Stadtrat wird dies frei geben können, sobald sie uns heute grünes Licht geben.

Elisabeth Tobler, SVP: Sehe ich das richtig, dass auch die Rechnung vollumfänglich im Jahr 2009 belastet werden wir und nicht im Jahr 2010?

Stadtammann Martin Klöti: Das ist ganz genau so gemeint. Es soll keinen Rappen in die Rechnung 2010 fliessen. Dieser ganze Betrag wird ganz sicher in die Rechnung 2009 kommen.

Elisabeth Tobler, SVP: Wird es vorher eine öffentliche Information geben, damit alle Bürger das sehen können und damit man weiss, dass nicht alle Bäume gefällt werden?

Stadtmann Martin Klöti: Der Stadtrat hat beschlossen, genau zwei Bäume zu fällen – nur zwei Bäume. Es wird ein Mitwirkungsverfahren geben und sie werden informiert werden.

://: **Der Antrag von Erica Willi-Castelberg wird grossmehrheitlich abgelehnt.**

1330 Pavillonpark: Konto-Nr. 1330.4501 Grünraumprojekt / Baukosten

Ueli Troxler, SP: Ich habe einen Antrag zum Pavillonpark. Wir beantragen den Kredit über Fr. 90'000.— zu streichen. Begründung: Wenn ich einem Nachbarn ein Näherbaurecht einräume, dann komme nicht ich für die Kosten der Neugestaltung auf, sondern eben der Nutzniesser dieses Rechtes. Genau dies wird in diesem Beispiel nicht so gehandhabt. Die Stadt räumt dem Anstösser am Park Vorteile ein und kommt selbst für die Kosten der Neugestaltung und Wegverlegung auf. Es wird hier ein Präjudiz geschaffen, das die Stadt noch teuer zu stehen kommen könnte. Mit Recht können sich nachher auch andere Anstösser in Zukunft auf diese Praxis berufen. Ich beantrage deshalb, diesen Kredit zu streichen, so dass der Nutzniesser für die Kosten aufkommen muss, wie dies auch unter Privaten üblich ist. Im Moment kommt er nur für einen kleinen Teil der Kosten auf. Die Erschliessungskosten werden ja auch an den Grundeigentümer verrechnet.

Stadtmann Martin Klöti: Es besteht hier eine Fehlinformation. Es werden Fr. 50'000.— von der Relesta bezahlt für diese Anpassung des Parks. Die Anpassungen des Parks waren der Grünraumkommission schon lange ein Anliegen und wenn 50 % der Kosten von den Anstössern übernommen werden, ist das glaube ich sehr gut.

://: **Der Antrag von Ueli Troxler wird grossmehrheitlich abgelehnt.**

Kommissionspräsidentin Silke Sutter Heer: Ich habe noch einen eher witzigen Ordnungsantrag, möchte aber trotzdem ernst genommen werden. Wäre es wirklich nicht möglich, in diesem Haus die Heizung etwas höher zu drehen? Es frieren mittlerweile glaube ich alle. Ich bin es nach 4.5 Jahren Kanti eigentlich gewohnt, im Daunenmantel dazustehen, was ich auch gerne machen kann, finde das aber einfach nicht so stilvoll. Deshalb wollte ich fragen – auch weil mehrere bereits ihre Mäntel hervorgehoben haben – gibt es keine Möglichkeit dieses Haus etwas mehr zu heizen?

Stadtmann Martin Klöti: Es geht nur darum, die Lüftung zurück zu fahren. Herr Glaus stellen sie doch bitte die Lüftung runter.

1620 Gemeindestrassen: Konto-Nr. 1620.53501 Altstadt Nord

Erica Willi-Castelberg, SP: Ich möchte die Argumentation von Bernhard Bertelmann nicht wiederholen, aber dieser Antrag steht ganz unter diesem Argumentarium. Wir können nicht alles nächstes Jahr erfüllen. Dem Kappeli haben wir jetzt zugestimmt und das heisst, dort steht jetzt auch eine Planung an, genauso wie bei vielen anderen Sachen. Wir sind der Meinung, dass diese Planung „Altstadt Nord“ im Jahr 2009 nicht notwendig ist oder sogar nicht durchgeführt werden kann. Wir plädieren dafür, dass diese Planung – ohne Schaden aber mit viel Gewinn – auf das Jahr 2010 zurück gestellt werden soll. Das sind Fr. 150'000.—. Es ist bezeichnenderweise, dass in diesem Budget keine Folgekosten drin sind. Bis ins Jahr 2012 soll also nichts gebaut werden. Das heisst, wir haben dann eine Planung und wenn wir so weit sind, um zu bauen, ist diese Planung sehr wahrscheinlich schon veraltet. Daher die Rückstellung auf nächstes Jahr.

://: **Der Antrag von Erica Willi-Castelberg wird mit 12:11 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.**

1740 Friedhof und Bestattung: Konto-Nr. 1740.3503 Friedhofgärtnerhaus, Rebenstrasse 70

Kommissionspräsidentin Silke Sutter Heer: Hier sehen wir die zweite Auswirkung unseres Entscheides den Wohnteil des Friedhofgärtnerhauses nicht nur umzubauen, sondern neu zu bauen. Unter dieser Position stellt die FGK den Antrag diese Budgetposition um Fr. 330'000.— zu erhöhen. Es handelt sich hierbei um einen Antrag, der mit dem Stadtrat abgesprochen ist. Es wird von Kosten von Fr. 950'000.— ausgegangen. Im Jahr 2009 sollen es Fr. 500'000.— sein und im Jahr 2010 Fr. 450'000.—. Deshalb dieser Erhöhungsantrag.

1782 Altlasten: Konto-Nr. 1782.1502 Altlasten Altstadt

Kommissionspräsidentin Silke Sutter Heer: Hier hat sich ergeben, dass dies teurer werden wird, als ursprünglich vorgesehen. Neu soll der Budgetbetrag Fr. 325'000.— sein. Der Anteil 2009 soll Fr. 175'000.— anstatt Fr. 40'000.— betragen und deshalb dieser Erhöhungsantrag.

1790 Raumordnung: Konto-Nr. 1790.2501 Freiraum / Gestaltung / Strassen Altstadt

Erica Willi-Castelberg, SP: Ich bin ermutigt, nochmals einen ähnlichen Antrag zu stellen wie letztes Mal. Es ist auch dieselbe Situation. Wir haben für das Konto Freiraum / Gestaltung / Strassen Altstadt Fr. 100'000.— eingesetzt. Auch hier werden die Kapazitäten fehlen. Auch hier haben wir keine Beiträge für die Umsetzung bis ins Jahr 2012 und wir sind deshalb der Meinung, dass auch dieser Betrag ins Jahr 2010 verschoben werden soll.

Stadtmann Martin Klöti: Hier geht es um das Projekt „Lebensraum Altstadt“. Es geht darum, dass wir da Mitwirkungsverfahren mit der Bevölkerung machen können, damit wir zeigen können, wie die Freiräume – also Lebensräume – in der Altstadt aussehen werden. Dieses Kapital benötigen wir, damit wir überhaupt ein Mitwirkungsverfahren durchführen können. Dafür ist dieser Betrag. Es geht nicht nur um die Nutzung der Freiräume, sondern um das ganze Leben in der Altstadt. Deshalb sind hier auch keine direkten Investitionen geplant. Das wird dann umgesetzt, wenn die neue Linienführung Kantonsstrasse kommt. Dort ist dann im Agglomerationsprojekt wieder Geld eingestellt, nämlich einen Betrag gegen 5 Millionen Franken, den man dann verbauen kann. Der ist hier nicht drin.

Erica Willi-Castelberg, SP: Ich habe hier noch eine Anschlussfrage: Wenn das im Jahr 2009 drin ist, wird das auch wirklich in diesem Jahr gemacht? Warum geht es nachher so lange bis zur Umsetzung? Könnte das nicht problemlos auch im Jahr 2010 gemacht werden?

Wir sind überhaupt nicht gegen diese Mitwirkung. Ich habe nicht gewusst, dass sich dies hinter dieser Position verbirgt. Ich finde es auch wirklich eine gute Idee, aber wir sehen nicht ein, weshalb dies im nächsten Jahr drin sein muss. Eben aus den genannten Kapazitätsgründen und auch aus Gründen der Umsetzung, die erst viel später erfolgen kann.

Stadtmann Martin Klöti: Stimmt alles was sie sagen. Aber wenn wir das jetzt nicht machen, können wir es nicht in die Botschaft bringen. In unserem Zeitplan für die neue Linienführung haben sie gesehen, dass wir im Jahr 2010 eine Volksabstimmung haben werden, die das ganze Projekt umfasst. Um es dort zu platzieren, müssten wir das im Jahr 2009 gemacht haben. Wir können nicht im Jahr 2010 mit der Planung beginnen, wenn wir dann schon die Botschaft vorlegen und wissen müssen, was es kostet. Es ist dringend nötig, dass wir dies im Jahr 2009 machen. Sonst haben wir diesen ganzen Altstadt-Teil vernachlässigt. Wir hätten einen Teil des Projekts nicht erledigt. Das sind Projektierungsarbeiten, die jetzt gemacht werden müssen.

Der Stadtrat ist bereits in einem Workshop informiert worden, wie dieses Mitwirkungsprojekt verlaufen soll und wir sind bereit, dieses Projekt zu starten. Ich habe bereits Signale an die Bevölkerung abgegeben, dass dies jetzt der nächste Schritt sein wird. Das sehen sie auch auf unserem Flyer, den wir am letzten Wochenende an der ARWA verteilt haben. Das ist auf ein sehr gutes Echo gestossen. Gerade gestern Abend hat mir der Quartierverein Altstadt mitgeteilt, dass sie sich auf diese Mitwirkung freuen. Wir müssen das jetzt an die Hand nehmen, damit wir dies 2010 in die Botschaft bringen können. Erst dann, wenn dieser Kredit freigegeben ist, wird sie dann im Jahr 2011 oder 2012 gebaut.

Erica Willi-Castelberg, SP: Diese Informationen haben bei uns nicht vorgelegen. Wir haben davon nichts gewusst. Ich möchte daher den Antrag zurückziehen. Ich finde das einleuchtend.

Max Gimmel, FDP: Ich erlaube mir einen Rückkommensantrag zur „Altstadt Nord“ zu stellen. Im Anschluss an die soeben geführte Diskussion möchte ich den Kredit über Fr. 150'000.— für die Altstadt Nord nochmals zur Diskussion stellen. Ich bitte den Stadtrat zu erklären, was mit diesen Fr. 150'000.— gemeint ist. Verhält es sich ebenso wie beim soeben diskutierten Betrag für das Projekt „Lebensraum Altstadt“, dass es für die Zukunft notwendig ist, dies im Jahr 2009 voranzutreiben oder ist das ein Posten, den man wirklich ablehnen und auf später verschieben kann? Dazu brauchen wir die Information des Stadtammanns.

Stadtammann Martin Klöti: Das kann ich gerne nachholen. Sie sehen, die Gemeindestrassen sind aufgeschlüsselt. Es sind Bau- und Planungskosten für Freiraum, Gestaltung, Gassen und Plätze, die auf zwei Positionen – „Altstadt Süd“ und „Altstadt Nord“ – verteilt sind. Bei „Altstadt Süd“ haben sie von den Fr. 50'000.— nichts gestrichen und bei „Altstadt Nord“ haben sie die Fr. 150'000.— gestrichen.

Wenn sie zusammenzählen, sehen sie „Altstadt Süd“ zweimal aufgeführt: Planungskosten und Baukosten. Die Altstadt besteht aber nicht nur aus der „Altstadt Süd“, sondern auch aus der „Altstadt Nord“. Ich bin vorhin auch etwas überrascht gewesen, dass zu diesen Positionen keine Fragen kamen. Ich kann ihnen nun sagen, dass dieser Betrag genau so für die Planung der Altstadt gebraucht wird, wenn man die Situation der Gassen und Strassen – zum Teil auch mit Folgekosten, die die Werke einplanen müssen – planen möchte. Wir bräuchten also integral auch diese Fr. 150'000.—. Wir werden ohnehin die Planung für die ganze Altstadt im nächsten Jahr an die Hand nehmen.

Elisabeth Tobler, SVP: Ich finde es schon etwas merkwürdig, dass da nicht derselbe Titel steht, wie unter „Altstadt Süd – Freiraumgestaltung“. Da steht nur Planungskosten und nichts anderes dabei. Da hat man als Parlamentarier keine Ahnung, dass dies zusammen gehören könnte. Und wiederum stellen wir fest, dass einfach zu spät und zu wenig informiert wird.

Dieter Feuerle, SP: Ich finde diese Positionen „Altstadt Nord“ und „Altstadt Süd“ kann man nicht miteinander vergleichen oder einander gleich stellen. Bei der „Altstadt Süd“ haben wir zwar auch Planungskosten, aber man sieht etwas weiter hinten dann auch, dass dort etwas gebaut wird. Bei der „Altstadt Nord“ hingegen geben wir einfach Fr. 150'000.— aus, wenn es nach dem Stadtrat geht, aber es wird weder im Jahr 2009 noch in den Folgejahren 2010, 2011 oder 2012 etwas gebaut. Das ist doch der Unterschied. Wir müssen nicht die Leute in der Bauverwaltung mit Planungen beschäftigen, obwohl jahrelang nichts gebaut wird.

Stadtammann Martin Klöti: Es steht in der Memoposition.

Andrea Vonlanthen, SVP: Wir machen etwas, was gemäss Reglement so nicht möglich ist. Im Reglement Art. 42 heisst es: „Stimmt das Parlament einem Rückkommensantrag zu, findet nochmals eine Diskussion statt“. Wir sind jetzt mitten in der Diskussion, ohne, dass wir ein Rückkommen beschlossen haben.

://: Dem Rückkommensantrag von Max Gimmel wird grossmehrheitlich zugestimmt.

://: Der Antrag von Max Gimmel wird mit 15:11 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Präsidentin Rita Anderes: Mischa Vonlanthen und Bernhard Egli werden uns die aktuellen Zahlen ausrechnen. Ich unterbreche die Sitzung für 10 Minuten.

Pause

Präsidentin Rita Anderes: Wir kommen zu den Zahlen, die uns Mischa Vonlanthen und Bernhard Egli aktualisiert haben.

Stand der Laufenden Rechnung:

– Der Aufwandüberschuss nach Verabschiedung im Stadtrat am 01. Oktober 2008 betrug:	Fr.	645'665.—
– Korrekturen FGK	Fr.	- 89'900.—
– Korrekturen durch das Stadtparlament inkl. Reduktion Abschreibungen	Fr.	6'000.—

Verabschiedetes Defizit im Parlament Fr. 549'765.—

Stand der Investitionsrechnung 2009

– Nach Verabschiedung im Stadtrat	Fr.	5'542'000.—
– Korrekturen der FGK	Fr.	55'000.—
– Korrekturen durch Stadtparlament	Fr.	6'000.—

Verabschiedete Netto-Investitionen im Parlament Fr. 5'797'000.—

Mit Kenntnis dieser Zahlen kommen wir nun zur Verabschiedung der folgenden Anträge:

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2009 sei um 2 % auf 76 % zu senken.

Elisabeth Tobler, SVP: Gemäss den Erläuterungen von Stadtrat Patrick Hug wird der Rechnungsabschluss 2008 um 4 % besser sein. Die Flat Rate Tax-Ausfälle reduzieren sich allein mit den jetzigen Korrekturen durch den Kanton um 1 % und weitere sind nach der Beratung im Grossen Rat zu erwarten. Die Situation hat sich daher verändert und ich stelle deshalb folgenden Antrag: Der Steuerfuss für das Jahr 2009 sei um 3 % auf 75 % zu senken.

Kommissionspräsidentin Silke Sutter Heer: Als Ergänzung: Die FGK hat dem Antrag des Stadtrates zugestimmt und beantragt ebenfalls die Steuerfussenkung um 2 % auf 76 %.

Dieter Feuerle, SP: Die Mehrheit der Fraktion SP und Gewerkschaften beantragt den Steuerfuss unverändert auf 78 % zu belassen. Eine Reduktion um 2 % bedeutet Mindereinnahmen von ungefähr Fr. 400'000.— und ist betriebswirtschaftlich fahrlässig. Diese Fr. 400'000.— werden uns für zukünftige Investitionen fehlen. Arbon hat immer noch Schulden. Mit dem vorliegenden Budget würde der Schuldenberg um zirka Fr. 550'000.— steigen. Ein Anstieg der Schulden ist wegen anstehenden wichtigen Infrastrukturprojekten wie zum Beispiel die neue Linienführung Kantonsstrasse, der Erschliessung Stachen Süd, dem Bau eines Busbahnhofs, dem Neubau des Friedhofgärtnerhauses und weiteren grossen Investitionen unvermeidbar. Der Schuldenanstieg sollte jedoch nicht so gross werden, wie es Ende der '90er Jahre und Ende 2000 der Fall war.

Die Konjunkturprognosen sind auch nicht mehr rosig. Es droht sogar eine Rezession. Sowohl von den natürlichen Personen als auch von den Arboner Unternehmen sind in den nächsten Jahren keine steigenden, sondern wahrscheinlich sogar sinkende Steuereinnahmen zu erwarten.

Mit den bisherigen Steuereinnahmen kann die Stadt im nächsten Jahr wirtschaftliche Impulse setzen und die Infrastruktur erneuern und modernisieren. Sollte sich die Konjunktur wirklich abschwächen, werden auch die Sozialkosten spürbar steigen und uns höhere Ausgaben bescheren. Um es nochmals auf den Punkt zu bringen: Wir brauchen die Fr. 400'000.— und beantragen den Steuerfuss auf 78 % zu belassen. Arbon ist dank moderaten Mieten und der schönen Lage am See ein attraktiver Wohnort. Wir sollten uns nicht bis zur Hochverschuldung am ruinösen Steuerwettbewerb beteiligen.

Andrea Vonlanthen, SVP: Ich möchte sie bitten, den Antrag der SVP mit der Steuersenkung um 3 % zu unterstützen. Arbon ist nach wie vor eine Hochsteuer-Insel. Wir sind das innerhalb des Bezirks und auch im Vergleich mit allen grösseren, vergleichbaren Gemeinden im Kanton. Wir dürfen den Steuerfuss als Standortfaktor nicht ständig unterschätzen.

Stadtrat Patrick Hug hat es am Anfang schon gesagt: SP Präsident Peter Gubser hat im grossen Rat intensiv für möglichst grosse Steuerfussenkungen plädiert, weil die Leute gerade jetzt, wo wir in die Krise kommen mehr Geld im Portemonnaie haben müssen. Dieter Feuerle müsste vielleicht wieder einmal einen Hagebuttentee zusammen mit Peter Gubser trinken und sich das hinter die Ohren schreiben lassen.

Kommt dazu: Wir können es uns wirklich leisten. Wir haben gehört: Der Überschuss für das Jahr 2008 beträgt Fr. 100'000.— mehr, als angekündigt und zweitens werden die Personalkosten wesentlich tiefer sein, weil der Stadtrat im Moment noch von 2.5 % Teuerung ausgeht und nun ist sie fast 1 % tiefer. Wir werden dank diesen geringeren Personalkosten zehntausende von Franken einsparen können. Diese beiden Positionen – Überschuss 2008 und Einsparungen bei den Personalkosten – lassen uns genau dieses eine Prozent finanzieren, dass wir jetzt noch runtergehen wollen.

Machen wir nicht denselben Fehler wie vor einem Jahr. Heute müssen wir sagen, wir hätten vor einem Jahr problemlos mehr als 2 % mit dem Steuerfuss runtergehen können. Machen wir diesen Fehler nicht noch einmal, dass wir im nächsten Jahr sagen müssen, wir hätten gut 3 % oder 4 % runtergehen können. 3 % abwärts mit dem Steuerfuss zeigt an, dass es mit unserer Stadt aufwärts geht.

Dieter Feuerle, SP: Ich trinke eigentlich sehr gerne Pfefferminztee. Wenn man das Beispiel vom Kanton heran nimmt, dann sprechen wir von einem anderen „Kässeli“. Hier sprechen wir über die Stadtkasse unserer Stadt Arbon und im Gegensatz zum Beispiel von Peter Gubser vom Kantonsrat, der von der Kantonskasse gesprochen hat, wo die Finanzen gut aussehen. Der Kanton hat dank dem Nationalbankgold in den letzten Jahren sehr viel Geld gekriegt und steht im Prinzip schuldenfrei da. Dieses Geld haben wir leider in der Stadt Arbon nicht erhalten, deshalb kann man das nicht vergleichen. Und, ich werde dann trotzdem lieber Pfefferminztee trinken.

Max Gimmel, FDP: Auch ich habe vor einem Jahr für 4 % Steuerermässigung plädiert und bin heute davon überzeugt, dass das sicher richtig gewesen wäre.

Steuern sind tatsächlich ein wichtiges Signal. Ich denke, wir müssen das ernst nehmen. Es kommt aber heute in eine Zeit, die wirklich sehr schwierig ist und die Unternehmungen spüren das sehr massiv. Ich kann ihnen sagen, dass das zum Teil sehr schwierige Verhältnisse für einige Unternehmen geben wird. Man muss sich deshalb wirklich fragen, ob es möglich ist, dass man in dieser Zeit davon ausgehen kann, dass die Steuerkraft erhalten werden kann. Ich meine, wenn man mit einer Steuerfussenkung von 2 % das Signal gibt, dass alles doch nicht so schlimm ist, finde ich das einen guten, gehbaren Weg. Ich denke der Stadtrat hat sich das sehr wohl überlegt, ob er überhaupt mit 2 % kommen soll.

Auf den roten Seiten des Budgets hat es ein Diagramm, das recht furchterregend aussieht. Man muss aber sagen, dass der Stadtrat glaubt, dass die Stadt eine Entwicklung weiter führt, mit einem Zuzug von neuen Einwohnern, die die Steuerkraft erhöhen. Daran müssen wir glauben. Ich bin aber der Ansicht, dass wir das nicht zu weit treiben müssen und plädiere für eine Steuerfussenkung von 2 %. Ich bitte sie, dem Antrag des Stadtrates zu folgen.

Elisabeth Tobler, SVP: Max Gimmel, du hast mich letztes Jahr, als es um die Steuerfussenkung von 4 % ging, auch unterstützt und kommst jetzt zum Schluss, die 2 % wären richtig. Ich hingegen vertrete, nach den Erläuterungen von Patrick Hug, dass es ausreichend wäre für diese 3 %. Auch wenn wir dann in der Rechnung das erste und vielleicht einzige Mal innert 10 oder 15 Jahren eine minimale Verschuldung ausweisen müssten, würde er trotzdem wieder gewählt. Darum beantrage ich die Reduktion um 3 % und nicht nur um 2 %.

Erica Willi-Castelberg, SP: Ich weiss nicht, ob ich jetzt in einer Zeitreise um einige Jahre zurück bin, oder, ob ich einfach nur im falschen Film bin. Lesen sie auch Zeitung? Hören sie auch Radio? Schauen sie auch diese wirklich hochkarätigen Fernsehdebatten über die finanzielle Zukunft, der wir in den nächsten Monate und Jahre entgegen gehen? Die sieht nun wahrhaftig nicht gut aus.

Wenn wir jetzt in dieser komfortablen Lage sind ein bisschen Reserve zu haben, dann ist das doch wirklich etwas Tolles. Gerade in Hinsicht auf alle Projekte und Planungen, die wir heute genehmigt haben, die wir doch auch wirklich durchführen wollen. Bitte bedenken sie, die 2 %, die haben wir nicht nur nächstes Jahr weniger, die haben wir immer weniger. Wenn gesagt wird, dass man da flexibel werden müsse, hat man wirklich riesengrosse Illusionen. Wir wissen doch alle, wie ungeheuer schwierig es ist, einen Steuerfuss wieder hinaufzusetzen. Wir wissen auch alle, dass mit Glauben in diesem Bereich wenig erreicht wird. Entschuldigung, ich möchte niemandem auf die Füsse treten, aber in diesen Bereich gehören doch Zahlen und Fakten. Die sprechen ganz deutlich. Wir haben in den letzten wenigen Wochen eine Verdoppelung der Arbeitslosenzahlen und es wird noch mehr erwartet.

Wir haben Städte, wie zum Beispiel Genf, die Millionendefizite erwarten und dies nur aufgrund der konjunkturellen Lage. Wir haben auch die Stadt Amriswil, die sagt, dass sie jetzt sicher nicht zurück gehe mit dem Steuerfuss, weil sie genau dieses Geld jetzt für Projekte und somit auch für die Arbeitsbeschaffungen einsetzen wollen. Das sind doch gute Strategien für die Zukunft. So ein winziges Signal, das eine Steuersenkung von 2 % senden würde, bringt doch nichts. Wegen diesen 2 % zieht niemand nach Arbon und niemand geht von Arbon weg. Wir haben da ganz andere Qualitäten. Wir brauchen dieses Geld in den nächsten Jahren, deshalb bitte ich sie der Reduktion des Steuerfusses nicht zuzustimmen.

Max Gimmel, FDP: Wir haben vorhin in der Debatte gehört, dass es die kleinen Schritte sind, die Vertrauen schaffen. Das müssen wir angehen. Genau das ist es, wie ich meine, was jetzt auch an der Zeit ist. Wir müssen dieses Vertrauen wirklich geben. Diese 2 % von diesem Jahr gleichen die 2 % Steuersenkung vom letzten Jahr, die wir hätten machen müssen aus, Amriswil hat letztes Jahr wesentlich mehr gemacht und ist deshalb jetzt auch nicht mehr in der Situation, dass es jetzt etwas machen kann.

Ich bitte sie dringend, mit diesen kleinen Schritten ein Zeichen zu geben. Es ist so, dass die Zeit schwierig ist und es noch viele Probleme geben wird. Ich meine aber auch, dass man die Gesundung dieser Stadt beweist, in dem man ganz kleine Schritte vorwärts geht. In den letzten Jahren ist dies so geschehen und es ist in unserer Verantwortung – hier in diesem Kreis – auch wenn wir andere Situationen haben, zu reagieren. Es ist also nicht so, dass wir uns fürchten müssen, dass dieser Steuerfuss für immer und ewig zementiert ist. Wir 30 hier drin können darüber befinden und es ist in unserer Verantwortung.

Werner Feuerle, SP: Ich komme nochmals auf diese Grafik zurück. Wenn ich diese bedrohlichen Balken „unter dem Gefrierpunkt“ sehe und mich in die Lage versetze, dass ich als Unternehmen oder als Privathaushalt eine solche Prognose hätte, würde ich ganz genau beraten, was zu tun wäre. Sicher würde ich als Privater oder als Geschäft nicht noch auf die Idee kommen, die Einnahmen zu verkleinern, wenn ich schon eine solche Prognose hätte.

Bezüglich dem „Wieder-erhöhen-können“ des Steuerfusses: Ich blende zurück. 1971 – 1977 hatte ich die Ehre dem Gemeinderat anzugehören. Das ist schon sehr weit zurück. Das war noch die Munizipalgemeinde, die damals für den Zivilschutz sehr viele Aufwendungen zu machen hatte. Wir haben Jahr für Jahr versucht eine Steuererhöhung durchzusetzen, zuerst 4 %, 3 % oder 1 %, einfach mehr Geld zu bekommen. Es war nicht möglich, weil es einfach ein paar Leute hatte, die in die Zeitung gingen und die in die Opposition gingen. Gegen Steuererhöhungen kann man immer sehr gut mobilisieren. Das Resultat war, dass es etwa 7 oder 8 Jahre grausame Defizite bei der Munizipalgemeinde gab. Sie war höchstverschuldet und sie konnte sich nur sanieren, weil die Ortsgemeinde mit den Jahren etwas besser da stand und bereit war, etwas Geld abzugeben. Ich denke, man hat wieder gelesen, was Bundesrat Merz gesagt hat – gouverner c'est prévoir, regieren ist vorausschauen – und nicht kurzfristig ein Signal geben, das eigentlich falsche Hoffnungen weckt. Ich beantrage, den Steuerfuss zu belassen.

Ueli Troxler, SP: Vielleicht haben sie in letzter Zeit die Studie der CS gelesen. Ich habe erfreut festgestellt, dass der Kanton Thurgau – mit Arbon – an viertbesten Stelle ist, wenn man das verfügbare Einkommen anschaut. Das hat gar nicht so viel mit dem Steuerfuss zu tun, sondern mit dem Geld, das man übrig hat, wenn man die Monatsmiete, Krankenkasse und so weiter bezahlt. Wenn man jetzt Zug – mit dem niedrigsten Steuerfuss aber den höchsten Wohnungspreisen – mit dem Thurgau vergleicht, haben die Leute dort am Schluss viel weniger Geld für das tägliche Leben. Schauen wir doch, dass es in Arbon so bleibt: Günstige Mieten, ein bisschen ein höherer Steuerfuss dafür bleibt am Schluss mehr bei den Leuten. Darum plädiere ich dafür, den Steuerfuss bei 78 % zu belassen.

://: Der Antrag der SP obsiegt gegenüber dem Antrag der SVP mit 8:7 Stimmen.

://: Der Antrag des Stadtrates und der FGK, den Steuerfuss auf um 2 % auf 76 % zu reduzieren wird gegenüber dem Antrag der SP den Steuerfuss bei 78 % zu belassen, mit 18:7 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

2. Genehmigung des Voranschlags 2009 der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von neu Fr. 549'765.—

://: Der Antrag wird mit 21 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen.

3. Genehmigung des Investitionsplans 2009 mit Nettoinvestitionen von Fr. 5'797'000.—

://: Der Antrag wird mit 22 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Präsidentin Rita Anderes: Der Voranschlag und der Steuerfuss unterliegen gemäss Art. 7 der Gemeindeordnung obligatorisch einer Volksabstimmung und werden den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern am 8. Februar 2009 zur Genehmigung unterbreitet.

Damit ist Traktandum 2 durchberaten. Ich danke Mischa Vonlanthen und Bernhard Egli für ihre grosse Unterstützung.

3. Fragerunde

Präsidentin Rita Anderes: Es ist rechtzeitig eine neue schriftliche Fragen von der Fraktion SP und Gewerkschaften eingereicht worden. Das Wort hat Erica Willi-Castelberg. Die zuständige Stadträtin ist Veronika Merz.

Erica Willi-Castelberg, SP: In der Sitzung des Kantonsrates vom 3. Dezember 2008 wurde offenbar die Einbürgerung einer jungen Frau aus Arbon tumultartig diskutiert. Dabei fielen Vorwürfe an die Einbürgerungskommission Arbon, respektive an die Verwaltung Arbon, es seien Informationen zurückgehalten worden. Ich bitte um Aufklärung, wie das gelaufen ist und bitte um Stellungnahme dazu.

Stadträtin Veronika Merz: Im Zusammenhang mit dem erwähnten Einbürgerungsgesuch wurde die Öffentlichkeit und damit auch die Mitglieder des Stadtparlamentes vorwiegend über die Medien informiert. Naturgemäss sehr bruchstückhaft und leider auch nicht in allen Teilen faktentreu. Deshalb nehme ich gerne die Gelegenheit wahr, einige Fakten zu den Abläufen aufzuzeigen. Selbstverständlich werde ich mich in keiner Weise zu den konkreten personenbezogenen Fakten äussern. Diese unterstehen der Geheimhaltungspflicht und sind vor allem in der Kompetenz der Einbürgerungskommission.

Der Hauptvorwurf an die Adresse der zuständigen Verwaltungsstelle und der ressortzuständigen Stadträtin, also an mich, lautet: Der Einbürgerungskommission sind Fakten vorenthalten worden, die für die Entscheidungsfindung massgebend gewesen wären. Dazu drei Punkte:

1. Die angesprochene Strafverfügung wurde tatsächlich in den Akten, die allen Mitgliedern der Einbürgerungskommission zugestellt werden, nicht erwähnt. Das Sekretariat Einbürgerungen und das Stadtratsmitglied erachteten den Fall als nicht gravierend. Zudem wurde das Vorkommnis erst nach der Vorprüfung und der Erteilung der Eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung aktenkundig. Es wurde der Verwaltung – wie üblich – durch die für Einbürgerungen zuständige kantonale Stelle bekannt gemacht.
2. Die Verwaltung verschickt den Mitgliedern der Einbürgerungskommission jene Unterlagen, die gemäss Art. 11 des Einbürgerungsreglementes vorgesehen sind per Post. Zu diesen Unterlagen gehören – ich zitiere: „Ein Bericht der Verwaltung sowie Kopien des schriftlichen Gesuches, des Lebenslaufs sowie der Empfehlungen, Zeugnisse und Referenzen.“ Im Artikel heisst es weiter: „In die übrigen Unterlagen kann vor oder während der Sitzung Einblick genommen werden.“

Diese Regelung hat ihren Sinn vorab darin, dass im Umgang mit Personendaten der grösstmögliche Schutz gewährleistet bleibt. Fazit ist: Alle Mitglieder der Einbürgerungskommission haben uneingeschränktes Einsichtsrecht in alle Dossiers. Dass sie von diesem Einsichtsrecht bisher kaum Gebrauch gemacht haben, kann nicht im Nachhinein der Verwaltung und dem Stadtratsmitglied angelastet werden. Die Einsichtnahme in die Dossiers ist und bleibt eine Holschuld. Dass dies auch der Einbürgerungskommission klar war, belegen die Formulierungen in Artikel 7 des Handbuchs der EBK. Dieses räumt dem Präsidenten sogar das Recht ein, die Dossiers zur Vorbereitung der Sitzung nach Hause zu nehmen.

3. Dass für die Zukunft genauere Vereinbarungen zwischen dem Sekretariat Einbürgerungen, der Kommission und deren Präsidium getroffen werden, die festlegen, auf welche Akten im Bericht hingewiesen werden muss, ist sicherlich im gemeinsamen Interesse an fairen, gut geführten Einbürgerungsverfahren. Wir haben dies bereits in die Wege geleitet.

Der Vorwurf, der Einbürgerungskommission seien Informationen vorenthalten worden, kann klar widerlegt werden. Die Verwaltung hält sich an die im Einbürgerungsreglement vorgesehene Vorgehensweise. Klar legen möchte ich in diesem Zusammenhang ebenfalls, dass der Einbürgerungskommission der Stadt Arbon genau die gleichen Dossierinhalte vorliegen, wie der Justizkommission des Grossen Rates.

Ich hoffe, dass ich mit meinen Ausführungen zur Frage von Erica Willi-Castelberg einen Beitrag zur Klärung der Sache und zu einer weiterhin guten Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Einbürgerungskommission leisten kann.

4. Verschiedenes

Verabschiedung Werner Feuerle

Präsidentin Rita Anderes: Bevor ich Stadtmann Martin Klöti das Wort erteile, möchte ich doch gerne noch Werner Feuerle verabschieden. Per Ende Dezember hat er seinen Rücktritt bekannt gegeben. Er geniesst seit einigen Monaten die Pension und wird sich zusammen mit seiner Frau einen längeren Auslandsaufenthalt gönnen.

Werner ist seit der Gründung unseres Stadtparlaments Mitglied der Redaktionskommission und der Sozialhilfebehörde. Engagiert und kompetent erlebe ich ihn persönlich in der Sozialhilfekommission. Mit seiner langjährigen Erfahrung aus seiner Tätigkeit im Kinderhaus und Insider von Arbon kennt er viele Zusammenhänge und hat damit in der Kommission viel zur sachlichen Diskussion und zu guten Entscheiden beigetragen. Schade, dass wir mit ihm nur noch eine letzte Sitzung abhalten können.

Lieber Werner, ich gönne dir von Herzen den wohlverdienten Ruhestand, aber du wirst uns fehlen. Ich bin überzeugt, dass du dich sicher weiterhin aktiv für Verschiedenes hier in Arbon einsetzen wirst. Ich danke dir im Namen des ganzen Parlaments ganz herzlich für deinen grossen Einsatz für unsere Stadt und wünsche dir erlebnisreiche, erholsame Ferien aber vor allem weiterhin gute Gesundheit und viel Freude. Darf ich dich bitten, kurz nach vorne zu kommen und dir ein kleines Präsent überreichen.

Andrea Vonlanthen, SVP: Ich erlaube mir, unter Verschiedenem zwei Sätze zu den Ausführungen von Stadträtin Veronika Merz zu sagen.

1. Satz: Die Justizkommission des Grossen Rates hat das erwähnte Gesuch zurückgewiesen, weil sie der Meinung war, die Arboner Einbürgerungskommission hätte nicht über Informationen verfügt, die sie hätte haben müssen.

2. Satz: Die Arboner Einbürgerungskommission hat an der letzten Sitzung an die Verwaltung Wünsche punkto Information geäussert, von denen die Verwaltung zugesichert hat, dass diese in Zukunft fliessen werden.

1. Informationen aus dem Stadtrat

Stadtammann Martin Klöti: Das meiste lesen sie auf unserer Homepage. Weiteres aus unseren Medienmitteilungen, die regelmässig erscheinen.

Ich möchte sie heute Abend herzlich zur Neujahrsbegrüssung im Seeparksaal am Sonntag, 4. Januar 2009 um 17.00 Uhr einladen. Wir haben neu nicht mehr den 2. Januar gewählt, weil dieser aus Feriengründen ungünstig zu liegen käme. Wir sind also dieses Jahr am Sonntag, 4. Januar hier, nächstes Jahr ist es Sonntag, 3. Januar und übernächstes Jahr Sonntag, 2. Januar. Wir bleiben von nun an beim Sonntagabend, damit die Leute, die Ferien machen auch rechtzeitig zurück sind. An dieser Neujahrsbegrüssung werden wir den Energiepreis verleihen und eine Arbonerin des Jahres ehren.

Dann habe ich noch eine weitere Information personeller Art: Romy Egerter ist noch bis Ende Februar zu 100 % krankgeschrieben. Wir haben regelmässigen Kontakt mit ihr und wir hoffen sehr, dass sie ab März mindestens teilweise wieder zum Einsatz kommen kann.

2. Weitere Informationen des Stadtammanns aus seinen regionalen und kantonalen Projekten

Stadtammann Martin Klöti: Am 17. Dezember 2008 ist die Gründungsversammlung dieser neuen Region. Zwei Regionen in St. Gallen werden zusammengelegt. Die IGSG, die Standortmarketing Förderung, ist ebenfalls in diesem Kreis. Wir werden gemeinsam diese Geschäftsstelle eröffnen, in dem dann eben auch das Aglo-Programm geführt wird. Wir sind die einzige Thurgauer Gemeinde, die in diesem Kreis Einsitz nimmt, eben wegen diesem Aglo-Projekt neue Linienführung Kantonsstrasse (NLK). Es gibt uns aber auch Gelegenheit, uns dem Wirtschaftsraum St. Gallen stärker anzuhängen. Wir haben damit Möglichkeiten Verbindung zum Wirtschaftsraum St. Gallen und zu den St. Galler Gemeinden aufzubauen. Das dient Arbon ganz bestimmt.

Auf der anderen Seite, in der Regionalplanungsgruppe Oberthurgau (RPO) hat der Geschäftsführer zum 1. Dezember gewechselt. Stefan Tobler wird am Donnerstag die letzte Sitzung als Geschäftsstellenleiter mitmachen. Inzwischen ist er aber schon Gemeindeammann von Egnach und hat deshalb nach wie vor in diesem Gremium Einsitz. Auf ihn folgt Gilbert Piaser aus Goldach, der das Amt des Geschäftsführers übernommen hat.

Im Übrigen läuft jetzt die Vernehmlassung zur Gründung eines Gemeindezweckverbandes für Sportstätten im Oberthurgau. Wir haben dieses Papier am 12. November 2008 im EZO präsentiert. Es liegt jetzt bis Ende Januar 2009 zur Vernehmlassung bei den Gemeinden vor. Dann werden die Gemeinden aus dem Oberthurgau antworten, ob sie grundsätzlich bereit sind bei einem Zweckverband einzusteigen, um dann die Möglichkeit zu haben, sich an Sportstätten zu beteiligen.

Man muss, wenn man im Zweckverband mit dabei ist, nicht schon von Anfang an sagen, ich möchte teilnehmen am Projekt EZO oder allfälligerweise an einem Hallenbad in Amriswil, sondern man hat dann immer noch die Möglichkeit, die eine oder andere Sportanlage zu wählen.

Wichtig ist uns, dass nun möglichst viele Oberthurgauer Gemeinden diesem Zweckverband beitreten, der dann mit einem Sockelbeitrag von 10 % ermöglicht, einzelne Anlagen mitzufinanzieren und im Unterhalt mitzutragen. Ein spannendes Projekt und es wäre ein schönes Zeichen für den Oberthurgau, wenn möglichst viele Gemeinden mitmachen. Die grossen Gemeinden – insbesondere die Standortgemeinden – sind hier natürlich besonders gefragt. Romanshorn als Standortgemeinde des EZO und Amriswil als künftige, mögliche Standortgemeinde für ein Hallenbad. Wir sind als drittgrösste Stadt im Kanton Thurgau ebenfalls eine sehr wichtige Gemeinde, die hier ein Signal abgeben wird. Der Stadtrat wird darüber beraten.

Präsidentin Rita Anderes: Kommen wir zu den parlamentarischen Vorstössen: An der heutigen Sitzung sind zwei Einfache Anfragen eingereicht worden. Die erste von Konrad Brühwiler, Fraktion SVP betreffend Frühlings- und Martinimarkt der Stadt Arbon und die zweite von Ueli Troxler, SP und Gewerkschaften betreffend Energiepolitik der Stadt Arbon. Ausserdem ist eine Interpellation von Erica Willi-Castelberg, SP und Gewerkschaften betreffend Strandbad Arbon eingegangen, die aber scheinbar nicht zirkuliert hat. Erica Willi-Castelberg soll ihren Vorstoss doch vorlesen, damit alle gehört haben, worum es geht und am Schluss kann, wer will, noch unterschreiben.

Erica Willi-Castelberg, SP: Mein Postulat bezüglich eines Konzeptes fürs Strandbad wurde vor den Sommerferien mit der Begründung abgelehnt, man müsse eine Saison abwarten und im Herbst werde der Stadtrat Bilanz ziehen. Jetzt mitten im Dezember, stellen wir fest:

- Es besteht nach wie vor kein wirkliches Konzept
- Die neue Strategie des Stadtrates ist – trotz gegenteiliger Behauptung – gescheitert.
- Der Zusammenschluss mit dem Campingplatz hat sich nicht bewährt, auch ein neues Campingleiter-Ehepaar läuft Gefahr, mit der Doppelaufgabe überfordert zu sein.
- Teile der Bevölkerung (das Zielpublikum des Strandbades: Eltern und Senioren) sind mit der gegenwärtigen Lösung – unbewachte Vor- und Nachsaison – unzufrieden. Es herrscht Unsicherheit, denn bei einem Badeunfall würde viel zu viel Zeit verstreichen, bis der stark beschäftigte Campingwart rettend eingreifen könnte. Mit Rettungsringen und einer SOS-Station ist noch niemandem geholfen.
- Mangelnde Reaktion seitens der Stadt haben zu unbefriedigenden bis gefährlichen Zuständen geführt. Zum Beispiel eine wochenlang glitschige Einstiegstreppe, wo auch nach Unfällen baulich einfach nichts gemacht wurde.

Deshalb stelle ich folgende Fragen:

1. Aufgrund welcher Informationen kann der Stadtrat behaupten, das Konzept 2008 habe sich bewährt? Wurde eine Befragung bei den Strandbadbesuchenden durchgeführt?
2. Ist der Stadtrat bereit, Korrekturen vorzunehmen – und welche?
3. Ist der Stadtrat bereit, das Strandbad wieder einer eigenständigen und während der ganzen Öffnungszeiten anwesenden Leitung zu unterstellen?
4. Wann dürfen wir mit einem echten und benutzerfreundlichen Konzept rechnen?

Präsidentin Rita Anderes: Wir sind am Ende dieser Sitzung angekommen und ich danke Ihnen allen für die aktive Mitarbeit und das Interesse. Die nächste Parlamentssitzung findet am Dienstag, 03. Februar 2009 statt.

Im Foyer stehen für alle noch Nüsse, Mandarinen und einige Süßigkeiten bereit. Wir alle vom Büro laden euch herzlich ein, bei vorweihnächtlicher Stimmung ein bisschen zusammenzusitzen. Die Getränke müssen Sie allerdings selber berappen.

Mit einem besinnlichen Weihnachtsspruch möchte ich diese Sitzung beenden.

Wir können selber Engel sein

Dann und wann werden Menschen zu Engel füreinander.
Dann und wann sind Menschen und Engel nicht zu unterscheiden.
Wir sind nicht immer Engel füreinander.
Aber ab und zu, augenblicksweise schon.
Manchmal sind Engel rar – und manchmal kaum zu zählen.
„und alsbald war da bei dem Engel die Menge der himmlischen Heerscharen.“
Wir brauchen nicht auf Engel zu warten – wir können selber Engel sein!

Diese Worte sind von Klaus Reblin.

Ich wünsche euch allen eine wunderschöne, friedliche Weihnachtszeit und noch einen schönen Abend!

Schluss der Sitzung: 21.35 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Die Parlamentspräsidentin:

Die Parlamentssekretärin

Rita Anderes

Tanja Huber

Nächste Parlamentssitzung: Dienstag, 10. März 2009, Seeparksaal, Beginn 19.00 Uhr